

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Köln kuschelt nicht vor Nazis! – S. 2*
- *Neuwahlen in der Türkei – S. 5*
- *Mannheim: Erfolgreicher Einstieg in den Beteiligungshaushalt – S. 14*
- *Über das Leitbild der IG Metall für Wirtschaft und Sozialstaat – S. 19*
- *Nobelpreis für Tu Youyou: erfolgreich gegen Malaria – S. 21*

Mit Beilage „Rundbrief der ArGe“

Ausgabe Nr. 10 am 29. Oktober 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Köln kuschelt nicht vor Nazis!

Innerhalb von wenigen Tagen ballten sich Gewaltankündigung und Mordanschläge in der Metropole Köln. Seit Wochen hatte die Hogesa gewalttätige Ausschreitungen für den 25. Oktober angekündigt. Sie wollten Köln 2014 „toppen“. Damals wurden Polizisten, Passanten und sogar Journalisten in einer unglaublichen Brutalität angegriffen. Der umgestoßene Polizeiwagen ging weltweit durch die Presse.

Am 17. Oktober verübte Frank S. einen Mordanschlag mit einem Messer auf die Oberbürgermeisterkandidatin Reker und traf sie schwer. Der Mann waren vor Jahren bei der FAP.

Der Versuch der Kölner Polizei, mit guten Argumenten den Hogesa-Aufmarsch zu verbieten, wurde von zwei Verwaltungsgerichten abgewiesen. Die

Empörung in der Stadt war groß und die Begründung der Gerichte schwach. Eine Demonstration der Hogesa sei gefährlich, eine Standkundgebung dagegen möglich. Seit vielen Jahren gab es erstmals eine breite Diskussion, dass vielfach Gerichte schuld sind, dass Nazi-Aufmärsche trotz breiter Proteste stattfinden können. „Köln stellt sich quer“ appellierte an das Oberverwaltungsgericht Münster, die Hogesa-Demonstration zu verbieten.

Alle Kölner antifaschistischen Bündnisse schlossen sich zusammen, unterstützt vom 1. FC Köln und dem Festkomitee des Kölner Karneval. Es bildete sich nach dem Mordanschlag auf Oberbürgermeisterin Reker und vor dem 25. Oktober eine sonderbare Stimmung aus Angst, Wut, Ohnmacht,

Rechtsextreme Mordattacke auf Kölner Oberbürgermeisterkandidatin

Die Stadtgesellschaft ist geschockt von der Mordattacke auf die inzwischen gewählte neue Kölner Oberbürgermeisterin Reker, auf eine Kölner Ratsfrau und weitere Wahlkampfhelfer. Am Tag vor der Oberbürgermeister/-innenwahl stach der Mann, der früher in Kreisen von Hooligans und Freien Kameradschaften verkehrte, mit einem riesigen Jagdmesser zu und durchbohrte dabei Frau Rekers Hals. Die Polizei konnte aus seinen Äußerungen sofort auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund der Tat schließen, und es gibt inzwischen belastbare Hinweise, dass der Täter in rechtsextremen Kreisen aktiv war und vielleicht noch ist. Es kursiert auch die Vermutung, dass der Täter ein früherer V-Mann ist.

Wichtig ist nun, dass Frau Reker gesundet. Sie hat mit der Annahme ihres Amtes den Nazi-Mordplänen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir wünschen Frau Oberbürgermeister Reker alles Gute und würden uns freuen, wenn sie genesen würde und ihr Amt bald ausüben kann.

Gemeinsam haben alle demokratischen Parteien noch am Tag des Anschlags deutlich gemacht: Gewalt und Terror werden wir in dieser Stadt nicht dulden. So gab es auch zur Hogesa-Kundgebung am 25. Oktober eine gemeinsame Erklärung aller demokratischen Parteien in Köln, für die sich der Kreisvorstand der Linken besonders eingesetzt hatte.

Hier der Wortlaut:
Vor einem Jahr gingen erschreckende Bilder von Gewaltexzessen der Hoo-

ligans und Neonazis von Köln um die Welt. Teile von Köln wurden von Gewalttätigen und Rechtsextremisten in einen rechtsfreien Raum verwandelt. Diese beispiellosen Angriffe, Bedrohungen und Einschüchterungen gegen Passanten und Ordnungskräfte dürfen sich nicht wiederholen. Gerade jetzt, gerade hier in Köln ist dies unerträglich.

Der Mordanschlag auf Henriette Reker war der schlimmste rechtsextremistische Angriff auf einen Politiker seit Gründung der Bundesrepublik. Dies ist eine Attacke auf das Herz unserer repräsentativen Demokratie, für die wir stehen: die Bereitschaft für andere öffentlich einzutreten, aufzutreten und anzutreten. In Dresden fielen derweil bei der HoGeSa-Schwesterdemo die letzten Schranken, es wurden offen die nationalsozialistischen Massenvernichtungslager bejubelt.

Wir möchten den erneuten Versuch der Hogesa verhindern, Köln als Bühne für ihre menschenverachtende und gewaltverherrlichende Propaganda zu missbrauchen. Wir unterstützen die geplanten, gewaltfreien Gegenaktionen und rufen die Menschen dieser Stadt auf, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Stellen wir uns quer gegen Rassismus und rechte Gewalt!

Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, Deine Freunde, FDP, Piratenpartei, SPD

Wir wünschen Frau Oberbürgermeister Reker alles Gute!

aber auch Wegschauen. Die Veranstalter hofften auf 10 000 Teilnehmer, es kamen zur Auftaktdemonstration 7000 Personen auf den Heumarkt zu „Köln stellt sich quer“ und ca. 2000 Personen zum Antifa-Bündnis „Köln gegen Rechts“. Alle Veranstaltungen trafen sich dann am Bahnhof Köln-Deutz zur großen Kundgebung von 20 000 Kölnerinnen und Kölnern. Von der Antifa über den Alt-OB Roters bis zu einer Delegation von CDU und FDP waren alle dabei.

Und es war eine sehr politische, nachdenkliche Veranstaltung, auf der zahlreiche Rednerinnen und Redner, Kabarettisten und Musikgruppen auftraten. Das Kulturprogramm wurde von den Künstlerinitiativen AG Arsch huh und Birlikte (Schauspielhaus, IG Keupstr. u.a.) getragen. Stellvertretend zwei Personen:

Judith Gövert für das Bündnis „Köln stellt sich quer“: „Ich frage mich: Ist es nicht Aufgabe von Polizei und Verfassungsschutz die Demokratie in diesem Land zu schützen? Und ich frage: Machen sie es? Ist das Modell des Verfassungsschutzes, der offensichtlich auf dem rechten Auge blind ist und anscheinend immer wieder die Kont-



rolle über seine V-Leute verliert, noch zeitgemäß?

Das Attentat auf Frau Reker kommt nicht aus heiterem Himmel. Es ist die Folge einer immer lauter und widerwärtiger werdenden Hetze. Wir haben ein Problem in diesem Land: Es heißt Rassismus!“

Der Kabarettist Wilfried Schmick-

ler sprach kritisch, nachdenklich und endete mit Nâzım Hikmet, mit dem er die Stimmung auf dem Kundgebungsplatz traf:

*„Leben einzeln und frei
wie ein Baum und dabei
brüderlich wie ein Wald
diese Sehnsucht ist unser.“*

Jörg Detjen

Flüchtlingspolitik: Gute Ansätze für ein Konzept mit kleinen Standards

Beim Abfassen dieses Artikels leben 8600 geflüchtete Menschen in Köln. Derzeit kommen jede Woche 250 Flüchtlinge neu an, im November sollen es 300 werden. Ende des Jahres wird Köln 10 000 Geflüchtete aufgenommen haben. Jeder weiß, dass gerade in den letzten Monaten die Zahlen stark gestiegen sind und die Verwaltung, die Wohlfahrtsverbände und die freiwilligen Helferinnen und Helfer der Willkommensgruppen enorm unter Druck stehen. Bei dieser großen Kraftanstrengung stehen wir an ihrer Seite. Mitglieder der Linken arbeiten in solchen Initiativen mit oder leisten konkrete Hilfe.

Die Kämmerin und derzeitige Sozialdezernentin Klug legte dem Rat und der Öffentlichkeit am 22. Oktober ein Vier-Phasen-Modell vor, nachdem der Rat in seiner letzten Sitzung ein Gesamtkonzept eingefordert hatte.

In der ersten Phase werden die Geflüchteten in Notaufnahmen einquartiert. Dazu sollen erstmals Hallen in Leichtbauweise errichtet werden. So werden Zelte vermieden. Nach kurzer Zeit sollen sie in der zweiten Phase in Wohncontainer und bestehende Gebäude mit mehr Privatsphäre umziehen. In der dritten Phase werden sie dann in relativ einfachen und preiswerten Wohnungen untergebracht, die – das ist das wirklich Neue an diesem Konzept – neu gebaut wer-

den. In der vierten und letzten Phase schließlich ziehen sie in normalen Wohnraum um. Dass dazu auch neuer, geförderter Sozialwohnraum gebaut werden muss, ist auch vorgesehen. Auch das ist eine erfreuliche Absichtserklärung.

Trotzdem führt dieses Modell im ersten Moment nicht zu einer befriedigenden Lösung. Die Unterbringung in Leichtbauhallen mit einem Fassungsvermögen von 80 Personen ist eine schlechte Unterbringungsform, aber immer noch wesentlich besser als das Wohnen in Zelten oder auf Schiffen. Deswegen ist das ein Konzept, an dem man arbeiten kann und das dafür sorgt, dass Köln bis Anfang nächsten Jahres 2000 Personen zusätzlich unterbringen kann.

Wir hatten in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass keine mittelfristige Planung vorliegt. Dieser Vorschlag hat nun den Vorteil, dass das Konzept klar ist. Daran können auch Akteure außerhalb der Verwaltung mitwirken, so z. B. der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen. Dazu kommt, dass große Massenunterkünfte wie die Landesunterkunft in Chorweiler vermieden werden. Denn in der Phase 1 werden 4 x 80 Personen an einem Standort untergebracht. Das macht 320 Personen an einem Ort und nicht 850 wie in Chorweiler. Ein weiterer Vorteil

der Leichtbauhallen ist der im Objekt integrierte Sanitärbereich. Das ist bei Zelten nicht der Fall.

Ich schreibe das nicht, um die Notunterbringung zu beschönigen, sondern um aufzuzeigen, dass wir Linke um jeden Millimeter Verbesserung ringen, ohne das große Ganze aus dem Auge zu verlieren. In den Diskussionen mit der Verwaltung haben wir deutlich gemacht, dass es auch darum gehen muss, die Zahlen genau zu erfassen. Wir möchten ständig darüber unterrichtet werden, wie viele Geflüchtete und auch genau welche Personen sich in welcher Phase befinden. Wir haben auch deutlich gemacht, dass wir dieses Phasenmodell mit der beschlossenen Überarbeitung der sozialen Mindeststandards verbinden wollen. Bereits jetzt kommen schon solche Ansätze zum Tragen. So sollen der Schlüssel von einem Sozialarbeiter auf 80 Geflüchtete bei der Unterbringung in den Leichtbauhallen angewandt werden.

Das Phasenmodell hat auch den Vorteil, dass alle Akteure gleichzeitig an allen Modulen arbeiten können und müssen, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

Wir werden diesen Prozess konstruktiv und kritisch begleiten und Druck machen, damit die Flüchtlinge nicht lange in Notaufnahmen verbleiben müssen.

Flucht und Zuflucht

Beim Umgang mit dem Recht auf Flucht und Zuflucht bieten die internationalen Konventionen, denen die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist, für alle demokratischen Partei-strömungen akzeptable Orientierung

Nicht nur im Mittleren Osten zeigt sich, wie schwer der Wandel weg von einer religiös oder säkular inspirierten Militärdiktatur hin zu einer politischen Ordnung mit geteilten Gewalten und Übertragung von Macht auf Zeit zu bewältigen ist. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte legt nahe, dass dieser Wandel durch Interventionen auswärtiger Mächte erschwert wird. Eine große Rolle spielt dabei – lange vor der Militärintervention – Geld bei der Formierung eines Parteiensystems. Kräfte, die den Parteikampf mäßigen, indem sie den Blick auf wirtschaftliche Entwicklung und Steuerkraft richten, werden gedämpft, zusammen mit dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Versprechen von Rückzugsräumen wird der Parteikampf befeuert. Bewaffnet geführt eignet er sich zur Implementierung auswärtiger Handel in die Innenpolitik. Scheiternder Staat und Stellvertreterkrieg gehen eins in eins.

So entstehen Konstellationen, in denen kaum anderes übrigbleibt, als dass alle Beteiligten ihre Machtansprüche einfrieren, d.h. dass eine politische Konstellation geschaffen wird, in der langsames Aufleben von Wirtschaft und Alltag Entspannung und Entwicklung möglich macht.

Wann wird im syrisch-irakischen Krieg ein Zustand erreicht sein, in dem die kämpfenden Parteien nicht mehr weitermachen können? Ein Anzeichen

dafür ist schon sichtbar. Ein großer Teil der Militärdiensttauglichen entzieht sich dem Ruf zum Mord durch Flucht. Die syrische Fluchtbewegung ist auch eine große Desertationsbewegung. Eine andere Entscheidung fällt am kommenden Wochenende bei den Wahlen in der Türkischen Republik. Dort kann eine Konstellation entstehen, die dem IS den politischen Rückhalt und die wirtschaftlichen Verbindungen, die er in der türkischen AKP-Administration genießt, abschneidet. Denn begrenzte Autonomie der kurdischen Siedlungsgebiete würde eine demokratische Barriere zwischen IS-affinen Kräften in der Türkei und den vom IS beherrschten Gebieten und Ressourcen schaffen.

Nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs haben sich die Vereinten Nationen entschieden, ein individuelles Recht auf Flucht zu fixieren. In der wirtschaftlich verflochtenen Welt hat sich dieses Recht als wirksames Gegengewicht zur totalitären, diktatorischen Staats- und Gesellschaftsgestaltung erwiesen. Die Flucht vor und aus Verstrickungen bewaffneter Parteikämpfen und Söldnerkriege verlangt als Gegenpol das Recht auf Zuflucht. Wenn, wie es sich zeigt, die Fluchtursachen nicht durch rasche Eingriffe aufgehoben werden können, sondern nur im Zuge eines umfassenden Ermüdungsprozesses zum Einfrieren kommen, geht es bei der Zuflucht

auch um die Chance zu bleiben, sich niederzulassen.

Die Bundesrepublik Deutschland, für deren Ist-Zustand das Recht auf Flucht, Zuflucht und Niederlassung so elementar wirksam geworden ist, kann diese Rechtsidee nicht aufgeben, ohne den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft zu gefährden. Hoffnungen auf qualifizierte Zuwanderung, auf künftige Einflussbildung aufs Herkunftsland, auf internationales Gewicht haben für die Haltung der Regierung gewiss eine Rolle gespielt. Aber solche Erwägungen eignen sich nicht als Antriebskraft der breit und mit großen persönlichen Einsatz in der Bevölkerung sichtbaren Solidarität. Sie verdankt sich der positiven Erfahrung, dass Integration des Verschiedenen das Leben kulturell und materiell bereichert. Die Gegenbewegung, die ihre Sprecher vor allem in der Welt der Parteien findet, hebt darauf ab, dass Zuflucht und Zuwanderung die eingespielten Routinen der Daseinsbewältigung nicht einschränken dürfen, auf diesen Erwägungsgrund folgt der Schrei nach einer zahlenmäßig bestimmten Obergrenze und eine Antwort darauf ist die Versicherung, es werde deswegen weder eine Sonderverschuldung der öffentlichen Hand noch Steuererhebungen geben müssen. So wird es nicht kommen.

Flucht aus destabilisierten Gebieten und Zuflucht auf dem Staatsgebiet der BRD ergeben sich aber nicht aus Rechnungen über Unterbringungs-kapazitäten. Die Größenordnung ergibt sich viel mehr aus dem Gelingen bzw. Versagen von Politik im internationalen Maßstab. Wenn z.B. führende Politiker der Türkischen Republik meinen, sie könnten einen Kurs der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung steuern, haben sie dafür Anhaltspunkt im politischen Verhalten der BRD über Jahrzehnte hin. Kommt es zu Aufstand, Diktatur und Bürgerkrieg in der Türkei, werden alle jetzigen Rechnungen über Flucht und Zufluchtsbewegungen sinnlos.

Auf jeden Fall ist damit zu rechnen, dass viele der Menschen, die hier Zuflucht suchen, auf längere Frist bleiben werden. Sie werden dem Leben in der Bundesrepublik neue Facetten hinzufügen. Aktuell zeigt sich eine Tendenz, diesen Prozess durch eine Diskussion über Werte zu moderieren. Diese Diskussion ist gefährlich, weil sie eine für die Demokratie bedeutsame



Hamburg, 12. September 2015, Demonstration gegen Rechts. Foto: Reinhard Schwandt

Unterscheidung verwischt. Die Bürger müssen die Gesetze einhalten. Gut finden müssen sie diese aber nicht.

Genfer Flüchtlingskonvention

Allgemeine Verpflichtungen

Jeder Flüchtling hat gegenüber dem Land, in dem er sich befindet, Pflichten, zu denen insbesondere der Verpflichtung gehört, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten.

Artikel 3 Verbot unterschiedlicher Behandlung

Die vertragschließenden Staaten werden die Bestimmungen dieses Abkommens auf Flüchtlinge ohne unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Rasse, der Religion oder des Herkunftslandes anwenden.

Artikel 4 Religion

Die vertragschließenden Staaten werden den in ihrem Gebiet befindlichen Flüchtlingen in Bezug auf die Freiheit der Religionsausübung und die Freiheit des Religionsunterrichts ihrer Kinder eine mindestens ebenso günstige Behandlung wie ihren eigenen Staatsangehörigen gewähren.

Die Neuankömmlinge, denen die internationale Staatengemeinschaft weltweit die Pflicht auferlegt, „Gesetze, Rechtsvorschriften und Maßnahmen“ zu beachten, können dieser Pflicht nur genügen, wenn sie insbesondere über jene, die ihr Alltagsleben betreffend, ausreichend informiert werden.

Die entrechtete Situation, die darin liegt, dass der zulässige Weg zur Änderung von Gesetzen dem Nicht-Staatsbürger versperrt bleibt, kann durch gute Möglichkeiten zum Erwerb der Staatsbürgerschaft und durch Aufklärung über die Möglichkeiten, die der Rechtsweg auch den Nicht-Staatsbür-

gern bietet, aufgefangen werden.

In einer Gesellschaft im kulturellen Wandel gibt es immer wieder heftige Auseinandersetzungen um Werte, besonders in jenen Bereichen, in denen sich die Organisation des Familienlebens mit staatlichen Einrichtungen überschneiden. Die Information über das geltende Ehe- und Familienrecht ist deswegen besonders dringlich. Es steht außer Frage, dass diese Information in vielen Fällen Befremden auslösen wird. Ein lehrreiches Modell zum Umgang mit dem Problem, dass die Gesetze erlauben, was Glaube, Tradition, Religion versagen, bietet die katholische Kirche, die sich z.B. mit dem Recht auf Ehescheidung und Wiederverheiratung abfinden muss, was, wie die gegenwärtige Familiensynode zeigt, nicht ohne Probleme abgeht.

Die Kommunikationswege der modernen Welt, entlang derer die großen Wanderungs- und Fluchtbewegungen sich vollziehen, bewirken, dass die Zeitgenossen nicht nur wissen, dass in anderen Ländern andere Sitten herrschen, sondern ungefähr auch welche. Die Bewegung nach anderswohin kann sogar als sicheres Zeichen der Bereitschaft gedeutet werden, sich auf ein Leben unter anderen, neuen Bedingungen einzulassen. Zu diesen Bedingungen gehört aber auch, Gesetze, die man befolgen muss, zweifelnd oder sogar mit innerer Ablehnung zu betrachten. Das ist eine Bedingung nicht nur der Religionsfreiheit, sondern auch der politischen Freiheit.

Angesichts der Destabilisierung so vieler Staaten entwickeln sich Bestrebungen, die politische Ordnung der Staatenwelt in Richtung nationalistischer, völkischer, rassistischer Privilegierung zu verändern. Wie sehr dieser Prozess den politischen Konservatismus strapaziert, erleben wir im Konflikt, der sich zwischen der Politik der Bundeskanzlerin und großen Teilen

der Union auftut. Der moderne politische Konservatismus bezieht sich auf die Menschenrechte und die internationale Verflechtung von Wirtschaft und Politik als Gegebenheit, mit der man fertig werden muss, um die Gesellschaft als ganze stabil zu halten. Dabei mutet der moderne Konservatismus den Einzelnen Veränderungen zu. Traditionalistisch orientierter Konservatismus enthält das – in der Praxis freilich vage und wirkungslose – Versprechen der Statusabsicherung an jedermann. Gerade die Allgemeinheit des Versprechens macht eine Eingrenzung nötig. Auf die Staatsbürger, die Volksgenossen, bestimmte Traditionen und Privilegien. Die Kultivierung derartiger Hoffnungen kann dazu führen, dass sich solche in der modernen arbeitsteiligen Welt unpraktikablen Ordnungsvorstellungen losreißen und auf dem eingeschränkten Terrain der politischen Gewalt ein gefährliches Eigenleben entwickeln, das in Ressentiment und Bereitschaft zu politischer Gewalttat mündet, gerade weil es zwangsläufig enttäuscht wird. Wer soll solche Bewegungen aus dem Illusionsraum von Selbsttäuschung herausholen? Das können nur diejenigen, die solche Versprechungen kultiviert haben. Der bayerische Ministerpräsident drückt sich vor dieser schlichten, aber bitteren Aufgabe. Wo Merkel in etwas künstlich kirchentagsfröhlichem Ton sagte: „Wir schaffen das“, hätte die CSU nach rechts gewandert sagen sollen oder sogar müssen: „Ob es Euch gefällt oder nicht, es geht halt nicht anders.“ Dazu hatte der bayerische Ministerpräsident zum Schaden von Land und Leuten den Mut nicht. Es ist beinahe tragisch, wie eine solche Fehlentscheidung das, was die Union und insbesondere die CSU am meisten fürchtet, nämlich Konkurrenz am rechten Flügel, aufbaut.

Martin Fochler

Neuwahlen in der Türkei

Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen setzte der türkische Präsident Erdogan für den 1. November Neuwahlen zum Parlament an. Die Wahlumfragen stellen alle fest: Das Ergebnis wird nicht anders ausfallen als bei den Wahlen vom Juni. Ein Institut führt die AKP sogar unter 40 Prozent.

Mit aller Gewalt versucht Erdogan, das Wahlergebnis umzudrehen. Die Bombenanschläge von Diyarbakir zwei Tage vor den Wahlen im Juni, in Suruc gegen jugendliche Aktivisten und jetzt in Ankara am 10. Oktober mit weit über 150 Toten und an die tausend Verletzten sind die Antwort des türkischen Präsidenten Erdogans und seinem AKP-Regime auf die For-

derung nach Demokratie und Frieden. Im Juli beendete Erdogan den kurdisch-türkischen Friedensprozess. Seit diesem Zeitpunkt vergeht kein Tag, an dem nicht kurdische Dörfer, ganze Städte und vermutete Stellungen der kurdischen Freiheitskämpfer vom türkischen Militär bombardiert und beschossen werden. Dagegen hatten Gewerkschaften und die HDP am 10. Oktober in Ankara zu einer Friedensdemonstration aufgerufen. Das Ergebnis dieses dreckigen Bombenanschlags in Ankara: 128 Tote und über 500 Verletzte. In Städten wie Cizre, Lice, Silvan oder Varto zerstörten die türkischen Sicherheitskräfte ganze Stadtteile. Ganze Landstriche werden

bombardiert und so den Menschen ihre Lebensgrundlage entzogen. Seit Juni starben 1000 Menschen in dem Krieg, mit dem die AKP und Erdogan die kurdischen Gebiete überzieht. Nicht zuletzt fliegt die türkische Luftwaffe Angriffe auf die PKK-Lager im Nordirak. In Varto und in Sirnak zogen Soldaten wieder Leichname an Panzern durch die Stadt. Das erinnert an die Grausamkeiten in den 1980er und 90er Jahren.

Mittlerweile befinden sich 34 Bürgermeister der HDP in Haft, weitere wurden ihres Amtes enthoben. Gegen die Oberbürgermeisterin von Diyarbakir, Gültan Kisanak wurde Anklage wegen „Volksaufhetzung“ erhoben, über 1000



Demonstration in Diyarbakir nach dem Anschlag in Ankara

HDP-Funktionäre und -Aktivisten sind seit Juni verhaftet worden.

Das Wahlergebnis vom Juni hatte nach 13 Jahren die Alleinherrschaft der AKP beendet, sie hatte ihre absolute Mehrheit verloren. Der Einzug der Demokratischen Partei der Völker HDP mit 80 Abgeordneten ins Parlament zwang den amtierenden Ministerpräsidenten Davutoglu zu Verhandlungen um eine Regierungsbildung mit der kemalistischen CHP und der rechten MHP. Die AKP beharrte in

den Verhandlungen mit beiden Parteien auf einer Verfassungsänderung zur Schaffung eines Präsidialsystems, mit dem der Staatspräsident – also Erdogan – mit einer alles umfassenden Machtfülle ausgestattet werden soll, ähnlich der Präsidialsysteme in Russland oder Frankreich. CHP als auch MHP lehnten eine Beschneidung der Rechte des Parlaments und der Regierung ab. Die CHP forderte sogar weitere Einschränkungen der Rechte des Staatspräsidenten. CHP und MHP forderten von

Erdogan, sich nicht in die Arbeit der Regierung einzumischen und sich auf eine repräsentative Rolle als Staatspräsident zu beschränken.

Keine Einigung erzielte die AKP mit MHP und CHP in der Verfolgung von Korruptionsfällen hoher staatlicher Funktionäre und ihrer Familien. Statt Niederschlagung der Verfahren und Verfolgung der ermittelnden Beamten und Staatsanwälte forderten CHP und MHP eine konsequente staatliche Verfolgung der Korruptionsfälle, in die zahlreiche AKP-Funktionäre, ehemalige Minister bis hin zu Familienangehörige von Erdogan verwickelt sind.

In den Verhandlungen mit der CHP stellten die Islamisierung im Bildungswesen sowie die Außenpolitik – hier besonders die Unterstützung von Al Qaida-Gruppen und IS in Syrien – unüberwindbare Hürden dar.

Die Forderungen der MHP, jegliche Friedensverhandlungen mit der PKK einzustellen und die kurdische Bewegung zu bekämpfen, stellten sicherlich keine Verhandlungshindernisse dar.

Aber über allen Diskussionen stand immer der Präsident Erdogan wie ein Schatten. Vor den Verhandlungen hatte Davutoglu erklärt: „Wir lassen keine Gespräche, keine Diskussionen über das Amt des Präsidenten zu.“ So war das Scheitern der Koalitionsverhandlungen kein Wunder.

Der Bombenanschlag von Ankara: Eine Koproduktion der Dokumaci-Zelle und der AKP?

Es passieren drei Anschläge binnen knapp vier Monaten. Die Attentäter gehören jedes Mal derselben islamistischen Zelle an. Diese Zelle wurde allerdings schon bereits knapp zwei Jahre zuvor von den staatlichen Behörden enttarnt. Seit ihrer Enttarnung werden alle Telefongespräche der wichtigsten Akteure dieser Zelle abgehört, die Mitglieder verfolgt und einige von ihnen sogar zwischenzeitlich festgenommen und befragt. Dennoch kommt es eben zwei Jahre später zu einer tödlichen Reihe von Anschlägen dieser Gruppe. (...)

Der Bombenanschlag von Amed

Es ist eine der letzten Wahlkampf-Großveranstaltungen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) vor den Parlamentswahlen am 7. Juni diesen Jahres. In Amed (Diyarbakir) kommen hunderttausende TeilnehmerInnen zu der Veranstaltung an diesem 5. Juni, also zwei Tage vor dem Wahltag, zusammen. ... um 17.50 Uhr, kurz vor der Rede von Demirtas, kommt es auf dem Versammlungsplatz zu zwei Bombenexplosionen. Insgesamt vier Menschen kommen durch den Bombenanschlag ums Leben.

Es stellte sich heraus, dass ein 20-jähriger mit dem Namen Orhan Gönder verantwortlich für den Anschlag in Amed war. Gönder war zuvor für den

Islamischen Staat (IS) in Syrien aktiv. Organisiert für den IS wurde der Mann in der Stadt Adiyaman. Dort besuchte er regelmäßig das „Islam Teehaus“, in welchem wohl auch weitere angehende IS-Mitglieder verkehrten. Die Gruppe, die von Adiyaman aus für den IS in den heiligen Krieg nach Syrien reiste, wurde später auch unter dem Namen „Dokumacilar“, benannt nach einem Mustafa Dokumaci, bekannt. Die Dokumacilar-Zelle war in Girê Spî (Tall Abyad) für den IS aktiv. Nachdem die kurdischen Einheiten der YPG und YPJ Mitte Juni die Stadt Girê Spî vom IS gesäubert hatte, flohen die noch übrigen Mitglieder der Dokumacilar wieder zurück in die Türkei. Gönder war schon früher wieder in die Türkei zurückgereist. Weder er noch seine Kampfgenossen mussten sich bei ihrer Rückreise in die Türkei vor einer Verhaftung fürchten. So konnte er auch in aller Seelenruhe den Anschlag in Amed vorbereiten und umsetzen.

Brisant ist, dass zum Zeitpunkt des Anschlags die AKP vermutlich schon wusste, dass sie nach dem 7. Juni nicht mehr alleine regieren werden könne. Öffentliche Umfrageergebnisse sagten nämlich voraus, dass die HDP die 10%-Hürde knacken und den Einzug ins Parlament schaffen würde. Es gab deshalb nicht wenige Stimmen, die hinter

dem Anschlag einen Versuch der AKP sahen, kurz vor den Wahlen das Land ins Chaos zu stürzen, um so den Wahltermin kurzfristig noch zu verschieben. Durch das besonnene Handeln der HDP, die nach dem Anschlag mit Dringlichkeit ihre Anhänger dazu aufrief, sich zu keinen weiteren Protesten zusammenzufinden, sondern schlichtweg nach Hause zu gehen, blieb die Lage allerdings bis zum Wahltag ruhig.

Der Bombenanschlag von Suruç

Der nächste Anschlag der Dokumacilar-Zelle ereignete sich am 20. Juli in Suruç. Angriffsziel dieses Mal waren 33 Jugendliche der Föderation der Sozialistischen Jugendverbände (SGDF), die nach einer Presseerklärung im Kulturverein von Suruç nach Kobanê einreisen wollten, um dort aktiv beim Wiederaufbau der Stadt mitzuwirken. Dieses Mal jagte sich ein Seyh Abdurrahman Alagöz in die Luft. Alagöz und Gönder, der in Amed die Bomben hochgehen ließ, kannten sich nicht nur aus Adiyaman, sie sollen auch gemeinsam in Girê Spî für den IS gegen die kurdischen Einheiten gekämpft haben.

Auch Alagöz war für die türkischen Behörden kein Unbekannter. Denn nicht nur Seyh Abdurrahman sondern auch sein „verschollener“ Bruder Yunus Emre

Mit ihren Stellungnahmen nach dem Bombenanschlag von Ankara erklärten Erdogan und Davutoglu offen: Wer HDP wählt, der wählt das Chaos. Sie wollen mit aller Macht die absolute Mehrheit im Parlament. Dafür ist ihnen anscheinend jedes Mittel recht.

Man kann nur den Kopf über das Projekt „Türkei sicheres Herkunftsland“ schütteln, liest man die Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes für Reisen in die Türkei. Die Anbiederei der EU und der Bundesregierung an Erdogan kommt einem unglaublichen Zynismus gleich. Die Linke hatte im Bundestag gefordert, wenn Frau Merkel diese Reise schon vor den Wahlen unternimmt, dann bitte soll sie sich auch mit der Opposition, der HDP in Istanbul treffen. Das tat sie ebenso wenig wie sie sich gegen Waffenlieferungen an die Türkei, gegen die türkische Produktion von Handfeuerwaffen von Heckler&Koch sowie die Montage von Militär-LKWs bei Daimler Benz und MAN und von Panzern in der Türkei einsetzte. Anstatt den Friedensprozess zu befördern und das PKK-Verbot aufzuheben, drehten sich die Gespräche auch um „Terrorimusbekämpfung“. Anstatt Fluchtursachen zu bekämpfen, Demokratie- und Friedensprozesse zu fördern, setzt die deutsche Regierung auf die Zusammenarbeit mit einem mehr und mehr diktatorischen Regime.

Aus der Erklärung der HDP zu dem Anschlag in Ankara, Oktober 2015

Es gibt klare Verbindungen zwischen dem Anschlag auf die Versammlung unserer Partei am 5. Juni 2015 in Amed, bei dem fünf unserer Mitbürger_innen gestorben sind und mehr als 200 verletzt wurden, dem Selbstmordattentat in Suruc am 20. Juli 2015, bei dem 34 unserer Bürger_innen während einer Pressekonferenz der Jugend an der türkischen Grenze zur Unterstützung Kobanês getötet wurden und dem Selbstmordanschlag am 10. Oktober auf die Friedenskundgebung in Ankara. Bis heute hat kein amtierender Politiker hinsichtlich der letzten zwei Angriffe Verantwortung übernommen. Ganz im Gegenteil zeigen ihre öffentlichen Erklärungen, dass sie die Opfer dieses Angriffs und unsere Partei verantwortlich machen.

Mit Hilfe dieses Aufrufs möchten wir, dass dem Massaker von Ankara und den vorangegangenen Anschlägen stärkere internationale Aufmerksamkeit gegeben wird. In solchen Ereignissen erkennen wir das Potenzial, Regionen in Instabilität zu bringen.

Seit Jahrzehnten ist das die deutsche Türkeipolitik.

Unterstützung erhalten demokratischen Kräfte und die kurdische Bewe-

Die Politik der AKP, sich auf radikale Gruppen als Stellvertreter zu verlassen, begann mit der Unterstützung von Gruppen wie ISIS, al-Nusra und Ahrar al-Sham durch Präsident Erdogan. Unsere Wähler_innenschaft fühlt sich unverändert bedroht, wo immer sie sozial oder politisch in Erscheinung treten. Um die Stabilität in der Region aufrecht zu halten, ist es entscheidend, die Ausbreitung solcher verheerender Katastrophen zu verhindern. Aus diesem Grund ist es äußerst wichtig, dass die internationale Gemeinschaft eine feste Haltung gegenüber Präsident Erdogan und der AKP-Regierung einnimmt, die in den Augen der Öffentlichkeit ihre Gesetzmäßigkeit in der Türkei bereits verloren hat. Hiermit fordern wir die internationale Gemeinschaft auf, ihre Solidarität und ihre Anteilnahme direkt an die Völker der Türkei zu richten und nicht weiter an den Staat, dessen Vertreter_innen die politischen und administrativen Verantwortlichen für das Massaker sind.

gung nur von zivilen und linken Oppositionskräften. In der Türkei werden zahlreiche internationale Wahlbeobachter vor Ort zur Unterstützung der

Alagöz galten als aktive Mitglieder der Dokumacilar-Zelle, auf die der türkische Staat seit 2013 bereits ein Auge geworfen hatte. Weshalb der Anschlag dennoch von den staatlichen Behörden nicht unterbunden wurde, bleibt unklar.

Der zweite Attentäter war ein gewisser Ömer Deniz Dündar. Dündar ist ebenfalls kein Unbekannter für die türkischen Behörden. Er wurde sogar im Rahmen der eingeleiteten Untersuchungen des türkischen Staates zur Dokumaci-Zelle zwischenzeitlich festgenommen, doch dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Danach reiste er nach Syrien, um für den IS zu kämpfen. Der Vater des Attentäters berichtet, dass er bereits vor Monaten persönlich um die Festnahme seines Sohnes bei den Polizeibehörden gebeten habe. Ömer Deniz sowie sein Zwillingbruder Mahmut Gazi Dündar seien von Mustafa Dokumaci persönlich für den IS gewonnen worden und nach Syrien gegangen.

Die Anschläge von Ankara

Der eben genannte verschollene Bruder Yunus Emre Alagöz gilt nun als einer der zwei Attentäter beim Anschlag von Ankara. „Seit zwei Jahren werden die Gespräche von Yunus Emre Alagöz von den Behörden aufgezeichnet“, erklärte am Freitag, den 16. Oktober der CHP-Abgeordnete Eren Erdem auf einer Pres-

sekonferenz im türkischen Parlament. In einem seiner Telefongespräche mit einem Bekannten aus Adiyaman im Mai dieses Jahres soll der Attentäter von Ankara folgendes gesagt haben: „Vielleicht wird das unser letztes Gespräch sein. Das gilt sowohl für meinen Bruder Abdurrahman (Attentäter von Suruc) als auch für mich, so Gott will.“

Lässt der Staat die „Dokumaci-Zelle“ gewähren?

Die Attentäter der letzten Monate gehören allesamt der „Dokumaci-Zelle“ an und sie alle stammen aus Adiyaman. Es wird davon ausgegangen, dass diese Zelle mit knapp 60 bis 70 Leuten in Girê Spî gegen die kurdischen Einheiten gekämpft hat. Eine unbekannte Anzahl von ihnen ist nach der Befreiung von Girê Spî klamm und heimlich wieder in die Türkei zurückgekehrt. Die Zelle selbst ist den Behörden seit dem Jahr 2013 ein bekannter Name, denn damals war die Staatsanwaltschaft aufgrund von Untersuchungen über Al-Kaida Strukturen in der Türkei auf die Dokumacilar gestoßen, von denen einige bereits damals eine Ausbildung in Afghanistan erhalten hatten. Die Mitglieder der Zelle stehen seitdem unter Beobachtung der türkischen Behörden, ihre Telefongespräche werden abgehört.

Doch die Dokumaci-Zelle hat es in der

Türkei nicht auf staatliche Einrichtungen abgesehen. Die jüngsten Angriffe beweisen, dass sie in der Türkei nur kurdische und linke Strukturen ins Visier genommen hat. Und die jüngsten Anschläge zeigen, dass die Zelle trotz der „Verfolgung“ der türkischen Behörden frei agieren und ihre tödlichen Pläne umsetzen kann.

Es stellt sich unweigerlich die Frage, ob der türkische Staat die Dokumacilar frei agieren lässt, solange diese ihre Angriffe gegen diejenigen politischen Strukturen verübt, die der AKP selbst auch ein Dorn im Auge sind? Auch nicht auszuschließen ist, dass der türkische Geheimdienst MIT diese Gruppe bewusst lenkt und für ihre Zwecke missbraucht.

Die Fakten deuten stark auf eine Entwicklung des türkischen Staates bei den jüngsten Anschlägen der Dokumacilar hin. Verwundern würde das nicht. Denn die AKP-Regierung hat in der jüngeren Vergangenheit in Syrien auch vor einer Zusammenarbeit mit dem IS nicht zurückgeschreckt und setzt gegenwärtig ihre Zusammenarbeit mit den islamistischen Gruppen der Al-Nusra Front und Ahrar al-Sham fort. Die Zusammenarbeit mit islamistischen Terrorgruppen wäre für Erdogan und seine AKP also kein Neuland.

Civaka Azad Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, 19.10.2016

HDP sein. Aus Baden-Württemberg werden 14 Leute der Linke nach Diyarbakir fahren, darunter die Bundestagsabgeordneten Karin Binder und Heike Hänsel, der stellvertretende Parteivorsitzende Tobias Pflüger und die Spitzenkandidatin zur Landtagswahl Gökyay Akbulut. Sie wollen mit ihrer Anwesenheit die Schwelle für die befürchteten Wahlmanipulationen und -behinderungen erhöhen.

Sollten die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden können, stellt sich schon jetzt die Frage: Was kommt dann? Wie könnte eine Koalitionsregierung aussehen? Oder will Erdogan mit einer Notstandsverordnung regieren?

Rudolf Bürgel



Mitglieder der Wahlbeobachterdelegation der Linken aus Baden-Württemberg

Griechenland

Günstiges Umfeld für Kampf gegen Korruption

Statt auf den Titelseiten wird jetzt über die Entscheidungen des griechischen Parlaments und der griechischen Regierung im Auslands- oder Wirtschaftsteil der Zeitungen berichtet. Die Finanzmärkte und die Gläubiger rechnen offenbar damit, dass sich die neue Regierung und das Land stabilisieren. Zwar wird von dieser Seite immer wieder eine Drohkulisse aufgebaut – so soll jetzt eine Kredittranche zunächst zurückgehalten werden, weil die Beschlüsse des Parlaments noch nicht ausreichen –, aber es wird andererseits zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die Regierungskoalition in Athen, wenn auch mit lautem Zähneknirschen, Mitte Oktober die Rente mit 67 Jahren beschlossen hat. Außerdem wurden die meisten Anreize für eine Frühverrentung für zahlreichen Personengruppen abgeschafft. Der Regierung Tsipras, also der Koalition aus der linken Syriza und der rechtspopulistischen Anel, reichten dazu die eigenen Stimmen (es gab nur einen Abweichler bei der Anel). Die Opposition, vorneweg die konservative Nea Demokratia, stimmte gegen das Paket, ausdrücklich wegen der Erhöhung des Rentenalters.

Zustimmung von allen europaorientierten Parteien gab es dagegen bei den Privatisierungsbeschlüssen am 25. Oktober. Die staatliche Pferdewette ging an ein privates Wettbüro. Wichtig ist dieser Beschluss weniger materiell als symbolisch, damit hat Syriza erstmals einer Privatisierung zugestimmt. Da im Haushaltsplan für 2016 Einnahmen von 2 Mrd. Euro aus Privatisierungen vorgesehen sind, rechnet der Geschäftsführer der Privatisierungsanstalt Stergios Pitsiorlas jetzt damit, dass die Regionalflughäfen an die deutsche Fraport gehen. Bis der Haushalt im Dezember endgültig verabschiedet wird, sollen laut Pitsiorlas, die Zahlen für die Privatisierungserlöse des Hafen von Piräus eingestellt werden; hierfür

gibt es ein chinesisches und ein dänisches Angebot.

Auf der Straße gab es gegen diese Beschlüsse kleinere Demonstrationen mit wenigen tausend Teilnehmern, organisiert von der Kommunistischen Partei. Allerdings haben für den 12. November, dem Tag an dem das Parlament über die Besteuerung der Landwirte und Änderungen beim Pensionsfonds beschließen soll, verschiedene Gewerkschaften zum landesweiten Streik aufgerufen. Die Regierung Tsipras hat also durchaus noch den bei der Wahl erhaltenen Vertrauensvorschuss, dass sie zwar einerseits Griechenland in der Europäischen Union und dem Euro hält, andererseits aber dafür sorgen wird, dass die sozialen Brutalitäten gelindert werden. Den faktischen Beweis muss sie allerdings noch erbringen, vermutlich wird vor allem die fällige Reorganisation des Gesundheitswesens der Prüfstein hierfür sein.

Erste Erfolge scheint es dagegen beim Kampf gegen die verbreitete Korruption zu geben. Am 22. Oktober entließ die griechische Regierung die Leiterin der Steuerbehörde, Katerina Savvaidou. Sie soll Fernsehsendern und einer Firma, die des Steuerbetrugs beschuldigt wird, unzulässigen Zahlungsaufschub gewährt haben. Der Kampf gegen die Korruption, den im Staatsapparat allgegenwärtigen Klientelismus, war das Ziel, mit dem die Regierung Syriza vor allem bei der jungen Generation punkten konnte. Die Hoffnung ist, dass dieses jede wirtschaftliche Tätigkeit lähmende System ersetzt wird durch ein einigermaßen berechenbares Steuersystem als Grundlage für ein berechenbares System von öffentlichen Dienstleistungen.

Presseberichten war zu entnehmen, dass die griechische Regierung hierfür Unterstützung bei französischen Fachleuten sucht, bestimmt keine falsche Entscheidung. Das französische

Staatswesen mit einem ausgedehnten staatlich gelenkten Sektor in der Wirtschaft ist vermutlich vertraut mit den damit verbundenen Transparenzproblemen.

Von unerwarteter Seite kommt Unterstützung für die linke Syriza-Regierung. Die OECD* hat einen Bericht gegen die Steuervermeidung von Konzernen vorgelegt und zahlreiche Länder, 62 Staaten darunter die G20-Staaten, aber auch die Schweiz, wollen sich an der Steuerinitiative „Base Erosion and Profit Shifting“ (Beps) gegen Gewinnverschiebungen und Gewinnverkürzungen beteiligen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb am 5. Oktober dazu:

„Das Hauptziel ist, dass die Konzerne ihre Gewinne dort versteuern, wo die Wertschöpfung erzielt wird. Der Schlussbericht ist ein Kompromiss, der vor allem die Handschrift großer europäischer Hochsteuerländer trägt, insbesondere aber Einfluss auf kleinere, steuerlich attraktive Staaten wie die Schweiz hat. Angestoßen wurde Beps von Grossbritannien, Deutschland und Frankreich. Rückenwind gaben auch die prominent gewordenen Steuerpraktiken von Konzernen wie Google oder Starbucks. In den vergangenen zwei Jahren hat die OECD im Auftrag der G-20 insgesamt fünfzehn Maßnahmen erarbeitet, die in ihrem Zusammenspiel die Steueroptimierung internationaler Konzerne einschränken sollen.“

Die Schweizer Zeitung, die vor allem die Interessen des Finanzplatzes Schweiz im Auge hat, bewertet das Abkommen zwar als zunächst negativ für die Schweiz, „die für Firmen steuerlich attraktiv ist und eher von Gewinnverschiebungen internationaler Konzerne profitiert ... Längerfristig böten sich für den Standort aber auch Chancen, vermehrt Konzerne mit hoher Wertschöpfung anzuziehen.“

Die Maßnahmen im Einzelnen sind durchaus hart. So soll künftig unterbunden werden, dass mit missbräuchlichen Verrechnungspreisen u.ä. zwischen Konzerngesellschaften in ver-

schiedenen Ländern Steuern umgangen werden. Auch die sogenannte Patentbox, wird nicht mehr toleriert, also die Bildung einer Tochtergesellschaft in einem Niedrigsteuerland, die die Patente hält, und mit Lizenzgebühren die Besteuerung im eigentlichen Konzernsitz mindert. Künftig muss die Patentbox mit genügend Substanz unterlegt werden, es muss also tatsächlich eine Forschungsabteilung angesiedelt sein.

Die Staaten, die an dem Verfahren teilnehmen, haben einen umfangreichen Datenaustausch vereinbart. Zum Beispiel können die Steuerbehörden verlangen, dass aggressive Steuerplanungen offengelegt werden müssen.

Damit dürften einige Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüferfirmen, die Großkonzerne beraten haben, wie sie Steuern vermeiden, Aufträge verlieren.

Der Zusammenhang mit der Griechenlandkrise? Zahlreiche Staaten mit einer mehr oder weniger hohen Staatsverschuldung wollen Steuervermeidung von Konzernen nicht länger tolerieren. In der Wirtschaft selber gibt es ebenfalls Widerstand gegen solche Praktiken, die sich nur wirklich große Unternehmen leisten können, denn die Honorare für das Herausfinden von Schlupflöchern sind beträchtlich. Das Umfeld für das Austrocknen von Schwarzgeldkassen und von Schwarzgeldhöfen ist also günstig. (Nebenbei gehört auch der Fifa-Skandal in diesen Bereich. In der Schweiz wird derzeit relativ gründlich aufgeräumt; das Bankgeheimnis ist für die US- und EU-Steuerbehörden aufgehoben; der Finanzplatz möchte sich „sauber“ machen, da passt der Schweizer Sepp Blatter mit einem entwickelten System von Korruption nicht mehr ins Bild.)

Es herrscht also gar kein ungünstiges Umfeld, um in Griechenland die nötigen Bereinigungen bei der Staatsfinanzierung durch Steuern durchzuführen, rasche und spektakuläre Erfolge sind da allerdings nicht zu erwarten, die Zeiträume für Änderungen liegen hier eher bei zehn und mehr Jahren.

Alfred Küstler

*) Eigendarstellung der OECD unter <http://www.oecd.org/berlin/dieoecd/>: „Das Ziel der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist es, eine Politik zu befördern, die das Leben der Menschen weltweit in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verbessert. Die OECD bietet Regierungen ein Forum zur Zusammenarbeit – hier können sie Erfahrungen austauschen und Lösungen für gemeinsame Probleme suchen. In Kooperation mit den Staaten versuchen wir herauszufinden, welche Faktoren die Wirtschaft, die Gesellschaft oder die Umwelt verändern. Wir ... setzen internationale Standards – ob in der Landwirtschaft, in der Steuerpolitik oder bei der Sicherheit von Chemikalien. Auf der Grundlage unserer Analysen sprechen wir Politikempfehlungen aus. Uns alle eint das Bekenntnis zu einer Marktwirtschaft, die von demokratischen Institutionen getragen wird und die das Wohl aller Bürger zum Ziel hat.“

Welttag für Arbeitnehmerrechte

Am Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober wurden Arbeitnehmer und der BHI-(Bauindustrie)-Mitgliedsgewerkschaften in der ganzen Welt aktiv und setzten sich für das Recht auf faire Migration und menschenwürdige Arbeit für alle ein. In Nigeria, Tadschikistan, Indien, Brasilien, Kolumbien, Malaysia, Georgien, Schweden, Nepal, Burkina Faso, Südafrika, Namibia, Argentinien, Panama, Bangladesch, Kroatien, Ägypten, Tunesien, Indonesien, Simbabwe sowie der Ukraine, der Republik Moldau, der Dominikanischen Republik, der Schweiz sowie auf den Philippinen fanden Veranstaltungen und Demonstrationen statt. Vor dem Hintergrund der Fusion von Lafarge und Holcim organisierten BHI-Mitgliedsgewerkschaften in Indonesien, Thailand, Kambodscha und den Philippinen Veranstaltungen und gaben Pressemitteilungen heraus und setzten sich für die Rechte der Arbeitnehmer in dem neuen Konzernriesen LafargeHolcim ein. Im Libanon demonstrierten der BHI-Mitgliedsgewerkschaft GSTU angehörende Arbeitnehmer aus der Zementbranche für menschenwürdige Arbeit für Arbeitsmigranten sowie für die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte bei LafargeHolcim. Die kanadische Gewerkschaft United Steelworkers führte im Rahmen des diesjährigen Cement Council eine Aktion durch, mit der sie ihre Solidarität mit den Beschäftigten von LafargeHolcim zum Ausdruck bringen wollten, die sich für ihre Arbeitnehmerrechte einsetzen. Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu führte die BHI-Mitgliedsgewerkschaft TCWF Aktionen in verschiedenen Dörfern durch. Vertreter von BHI-Mitgliedsgewerkschaften aus über 20 Ländern nahmen die Thematik der menschenwürdigen Arbeit mit an den Arbeitsplatz, als sie im Rahmen eines von der niederländischen BHI-Mitgliedsgewerkschaft FNV organisierten Besuchs die Baustelle eines neuen Gefängnisses in den Niederlanden besichtigten. Im Zuge des Besuchs wandte sich Mikolaj Kosieradzki, ein Polnisch sprechender Ombudsmann der schwedischen Gewerkschaft Byggnads an die auf der Baustelle beschäftigten polnischen Arbeitsmigranten.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 13.10.2015

Österreich: Betriebsräte der Metallindustrie senden starkes Signal

Rund 2000 Betriebsräte der Metallindustrie beschlossen bei einer Konferenz in Wien am 29. September einstimmig eine Resolution und berieten die weitere Vorgehensweise bei den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen. Notwendig wurde dieser Schritt, da

es gleich zu Beginn der Verhandlungen am 29. September zu einem beispiellosen Eklat kam: Der Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) verweigerte die Aufnahme von Lohn- und Gehaltsverhandlungen, weil er über mögliche Pläne der Bundesregierung anscheinend nicht zu seiner Zufriedenheit informiert ist oder die Vorhaben der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ablehnt. Der Vorsitzende der GPA-djp Wolfgang Katzian betonte in seiner Rede vor den Betriebsräten, dass diese Auseinandersetzung weit über den Metallbereich hinausgeht. Offenbar wollen einige Industrielle den bisherigen Weg der Sozialpartnerschaft und der Augenhöhe verlassen und die Gewerkschaften nachhaltig schwächen.

Quelle: <http://www.gpa-djp.at>

Schweiz: Ausweitung der Ladenöffnungszeiten geplant

Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, ist bestürzt über den Entscheid der WAK (Kommission für Wirtschaft und Abgaben) des Nationalrates, das neue Ladenöffnungsgesetz anzunehmen. Das Bundesgesetz würde für zwei Drittel der Kantone eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten und damit für über 200 000 Beschäftigte im Detailhandel eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuten. Mit dem neuen Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten soll die Kompetenz der Kantone in diesem Bereich ausgehebelt werden. Als Folge davon müsste eine Mehrheit der Kantone ihre Öffnungszeiten sowohl unter der Woche als auch an Samstagen ausdehnen. Für über 200 000 Personen im Detailhandel verlängern sich die Arbeitszeiten. Im Bereich der Ladenöffnungszeiten gibt es eine eigentliche Zwängerei der Liberalisierer. Allein auf kantonaler Ebene fanden seit 2009 zehn Abstimmungen zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten statt. Dabei hat die Stimmbürgerbevölkerung in neun von zehn Fällen eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten verworfen – dazu kommt noch die vehemente Ablehnung von Vorlagen zur Totalliberalisierung in mehreren Kantonen. „Die WAK des Nationalrates politisiert hier deutlich an der Haltung der Kantone, an den Entscheidungen der Kantonsbevölkerung und an den Interessen der Arbeitnehmenden im Detailhandel vorbei“, sagt Gabriel Fischervon Travail.Suisse.

Quelle: <http://www.travailsuisse.ch>, 13.10.2015

Frankreich: Hotelstreikende gewinnen Arbeitskampf

Während sich Paris für die Modewoche vorbereitet, hat eine Gruppe von

Zimmermädchen, die für das Luxus Park-Hyatt Hotel arbeiten, eine „Fashion Week für die Armen“ inszeniert, um ihren Sieg in einem Arbeitskampf zu feiern. Gekleidet mit Farbtupfern und Pailletten marschierten etwa 60 Zimmermädchen und andere Beschäftigte aus dem Park Hyatt in ein anderes Hotel, dem W Paris Opera, in denen die Arbeitnehmer noch immer für bessere Arbeitsbedingungen streiken. Die Hyatt Arbeiter feierten ihren Sieg – doppelte Bezahlung für Feiertage und höhere Zuschüsse für Essen und Reisekosten – nach einem Streik am 28.9.2015. „Ich bin heute glücklich. Wir geben alles für unsere Arbeit“, sagte Hyatt-Mitarbeiterin Jessica Gastou, 38, Mutter von vier Kindern, die im Hotel der gehobenen Kategorie seit 15 Jahre arbeitet. Ähnliche Streiks wurden 2013 und 2014 während der Teilnahme des Jet-Set an der Fashion Week in Paris im Luxus Park-Hyatt Hotel durchgeführt, dabei konnten starke Gehaltserhöhung erreicht werden. Auch andere Luxushotels wurden 2014 Objekt der Streiks der Beschäftigten, die weniger in einem Monat verdienen, als der nächtliche Preis für ein Hotelzimmer beträgt. Während die Hyatt-Arbeiter erfolgreich waren, haben die Beschäftigten des W Paris Opera Hotels ihren Streik erweitert, in der Hoffnung auf eine ähnliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

Quelle: <http://www.themalaymailonline.com>, 30.9.2015

Großbritannien: Erfolg bei National Gallery

Am 2. Oktober, nach einem Streik von mehr als 100 Tagen, sprachen sich die PCS-Gewerkschaftsmitglieder in der National Gallery einstimmig dafür aus, zur Arbeit zurückzukehren, nachdem die Gewerkschaft und das Management vereinbarten, die Auseinandersetzung zu beenden. Die Galerie hat auch die hochrangige Vertreterin der PCS-Union, Candy Udwin, wieder eingestellt. Die PCS-Union, Gewerkschaft der öffentlichen und kommerziellen Dienstleistungen, ist die sechstgrößte Arbeitnehmerorganisation in Großbritannien. Die Leitung der Gallery hat fast allen Forderungen der Streikenden zugestimmt. Bislang wurden die Mitarbeiter des Museums von der öffentlichen Hand bezahlt, die Nationalgalerie will mit dieser Tradition brechen. Die National Gallery zählt zu den bedeutendsten Museen weltweit. PCS hat sich gegen die Privatisierung der Mitarbeiter des Besucherdienstes der Galerie gewendet, konnte diese aber leider nicht verhindern. Allerdings wurde eine Vereinbarung mit der Galerie und dem künftigen Auftragnehmer Securitas zum Schutz der Bedingungen der Be-

legschaft erreicht. Securitas hat außerdem vereinbart, dass neue Mitarbeiter zu Bedingungen, die „weitgehend vergleichbar“ mit denen des vorhandenen Personals sind, angeworben werden. Sie hatten bereits vereinbart, dass die Bedingungen für das vorhandene Personal nicht geändert werden. Die Gewerkschaft hat auch Garantien für die Dienstpläne und den Personalbestand erreicht. Securitas will weiterhin den für London existenzsichernden Lohn zahlen sowie Verbesserungen einführen, die PCS im Laufe der Auseinandersetzungen im April erstritten hatte. PCS-Generalsekretär Mark Serwotka sagte: „Wir glauben noch immer nicht, dass die Privatisierung notwendig war, aber wir werden mit der neuen Gesellschaft und der Galerie zusammenarbeiten, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten und, besonders wichtig, um sicherzustellen, dass die Standards in dieser weltbekannten Institution gehalten werden.“ Die Chefs der Gallery haben einer Überprüfung der Privatisierung nach zwölf Monaten zugestimmt.

Quelle: <http://www.world-psi.org>, 3.10.2015

Portugal: Recht auf dezentrale Tarifverhandlungen

Am 7. Oktober entschied das portugiesische Verfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der zentralen Einmischung der Regierung Portugals in Tarifverhandlungen zwischen Kommunen, Arbeitgebern und Gewerkschaften und hat die Offenlegung der über 600 Tarifverträge, die auf kommunaler Ebene über viele Jahre ausgehandelt wurden, angeordnet. Diese Verträge sind nunmehr für alle lokalen Regierungsangestellten öffentlich. Das Urteil weist aus Gründen der Verletzung des „Grundsatzes der kommunalen Selbstverwaltung“, der in der portugiesischen Verfassung verankert ist, die in dem allgemeinen Arbeitsrecht über den öffentlichen Dienst Portugals enthaltenen Vorschriften zurück. Diese Vorschriften geben den Mitgliedern der portugiesischen Zentralregierung zuständig für Finanzen und öffentliche Verwaltung Befugnisse, unterzeichnete Tarifvereinbarungen zwischen öffentlichen Arbeitgebern mit Beschäftigten der Gemeindeverwaltung, also Tarifverhandlungsrechte zwischen lokalen Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften, zu stören. Das Urteil stellt auch einen wichtigen Fall der Anerkennung der Autonomie der Kommunalverwaltungen, der lokalen demokratischen Macht, ihrer Rolle als Arbeitgeber und ihrer Recht auf Tarifverhandlungen dar. Mehrere Kommunen kämpften gemeinsam mit der Stal-Gewerkschaft für diese Verfassungsentscheidung.

Quelle: <http://www.world-psi.org>, 14.10.2015

Südafrika: Tarifabschluss in Kohlesektor erreicht

Ein zehntägiger Streik im südafrikanischen Kohlesektor hat geendet, nachdem der Arbeitgeber und die National Union of Mineworkers eine Vereinbarung über einen zweijährigen Tarifabschluss erreichten. 30 000 Mitglieder der National Union of Mineworkers (NUM) streikten am 4. Oktober, nachdem die Verhandlungen festgefahren waren. Die Kohleproduktion in allen wichtigen Minen einschließlich der multinationalen Unternehmen Anglo American Coal, Exxaro und Glencore war betroffen. Die Einigung sieht vor, dass Beschäftigte in Eingangspositionen Steigerungen von 60 bis 80 US-Dollar pro Monat im ersten Jahr und eine garantierte Steigerung von 7,5 Prozent im zweiten Jahr erhalten. Besser bezahlten Arbeiter erhalten Steigerungen zwischen 5 Prozent und 7,5 Prozent.

Quelle: <http://www.industrialunion.org>, 16.10.2015

Aserbaidshon: Mobilmachung für IAO-Übereinkommen

Rund 40 führende Gewerkschafter/innen von Bahngewerkschaften in Osteuropa und Zentralasien trafen sich am 30. September und 1. Oktober mit Fachleuten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und leitenden ITF-Vertreter/innen in Baku (Aserbaidshon), um über Organisationsprojekte und die Mobilmachung für die IAO-Übereinkommen im Bahnsektor zu diskutieren. Neben Vertreter/innen von Bahngewerkschaften aus Aserbaidshon, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Weißrussland, der Ukraine und Moldawien waren Vertreter/innen von aserbaidshonischen Gewerkschaften des maritimen, Straßenverkehrs- und U-Bahn-Sektors anwesend. Die ITF wurde von Generalsekretär Stephen Cotton, dem Vorsitzenden der Sektion Eisenbahn Øystein Aslaksen, Rechtsberater Ruwan Subasinghe und der stellvertretenden Sekretärin der Binnenverkehrssektionen Janina Malinowska vertreten. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Auswirkungen organisatorischer und rechtlicher Veränderungen im Bahnsektor auf die Gewerkschaftsbewegung, die Probleme der Umsetzung wesentlicher IAO-Übereinkommen in der GUS-Region, die Förderung der IAO-Übereinkommen und andere Themen, die für die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften von Belang sind. Aslaksen erklärte: „Es findet derzeit eine Restrukturierung der Bahnsysteme in aller Welt statt. Das bringt Privatisierungen und eine Trennung von Infrastruktur, Betrieb und Wartung mit sich – Maßnahmen, die die Bahn-

gewerkschaften vor große Herausforderungen stellen. Früher oder später werden auch die Länder der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) davon betroffen sein. Wir müssen uns darauf vorbereiten.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 7.10.2015

Indien: Frauenstreiks auf Teeplantagen ausgeweitet

Nach dem erfolgreichen selbstständigen Streik der Arbeiterinnen auf der Teeplantage von Munnar sind auch in anderen Teeregionen des Bundesstaates Kerala Arbeiterinnen in den Streik getreten, um eine Lohnerhöhung von 232 auf 500 Rupien (ca. 7 Euro) pro Tag zu erkämpfen. In dem Artikel „Kerala's plantation workers' strike: Poor pay and strong union“ von Shaju Philip am 30. September 2015 im Indian Express wird vor allem hervorgehoben, dass diesmal die Gewerkschaften sich beeilt haben, Präsenz zu zeigen (nachdem die Arbeiterinnen in Munnar sie nicht dabei haben wollten). Die Streikbewegung dauert an, auch weil die Teearbeiterinnen zu den am schlechtesten bezahlten Menschen des ganzen Bundesstaates gehören – Tagelöhnerinnen etwa verdienen im Durchschnitt etwa 700 Rupien am Tag (9 Euro) Tag, Kokossammler 1.250 Rupien (17 Euro).

Quelle: indianexpress.com, 2.10.2015



Indien: Pepsi verletzt Rechte von Lagerarbeitern

Der globale Snack- und Getränkegigant PepsiCo verletzt die Rechte einer beherzten Gruppe von Beschäftigten in Westbengalen, Indien, die eine Gewerkschaft bildeten und deswegen entlassen wurden. Im Jahr 2013 registrierten die Beschäftigten von drei Lagern, die nur PepsiCo-Erzeugnisse handhabten, ihre neue Gewerkschaft bei den Behörden. Sie wurden schikaniert und von Schlägern des Unternehmens

angegriffen, und dann wurden 162 der 170 Beschäftigten der drei Lager brutal entlassen. Im Mai 2013 wurde ihnen im Anschluss an nationale und internationale Proteste ihre Wiedereinstellung angeboten, aber unter Bedingungen, die sie ihrer Menschenrechte berauben. Es wurde ihnen gesagt, sie könnten zur Arbeit zurückkehren, wenn sie erklärten, nie wieder einer Gewerkschaft beizutreten, sie mussten falsche Erklärungen unterschreiben, die als rechtlich verbindlich bezeichnet wurden, und sie wurden angewiesen, ihre Gewerkschaftskarten zu zerschneiden und auf dem Weg in die Lager draufzutreten. 28 dieser Beschäftigten, die sich weigerten, auf ihre Rechte zu verzichten, wurde seinerzeit erklärt, dass sie nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehren könnten und sie auf eine schwarze Liste gesetzt werden würden. Die IUL unterstützt ihren Kampf. PepsiCo wies ein Angebot der Regierung der USA, in dem Konflikt zu vermitteln, arrogant zurück. Trotzdem konnte die IUL schließlich lange, aber letztlich erfolglose Gespräche mit PepsiCo führen. PepsiCo hat jetzt erklärt, dass die Beschäftigten sich um eine Stelle in den Lagern oder in dem Abfüllbetrieb des Konzerns bewerben können, bietet aber keinen Zeitrahmen, keine Entschädigung für frühere Menschenrechtsverletzungen und keine Garantien, dass ihre Menschenrechte in Zukunft respektiert werden.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 9.10.2015

Bangladesch: Ölkonzerne wollen keine Gewerkschaften

463 Menschen beschäftigt der US-Multi Chevron in Bangladesch im Öl- und Gasbereich. Viele von ihnen waren schon bei der Vorgängerfirma Unocal beschäftigt – 37 von ihnen in einem sogenannten Normalarbeitsverhältnis, 426 mit Zeitarbeitsverträgen. Und dies in einigen Extremfällen bereits seit 20 Jahren, die allermeisten aber seit vielen Jahren. Das Gesetz in Bangladesch begrenzt eigentlich Zeitarbeit auf drei Monate. Nachdem das Unternehmen jahrelang Forderungen nach Veränderungen entsprechend dem Gesetz ignoriert hatte, hat die Belegschaft im April 2015 in einer Vollversammlung die Gründung einer Betriebsgewerkschaft beschlossen, der sich etwa knapp die Hälfte der Belegschaft anschloss. Sie organisierte die Klage von 75 Beschäftigten im Mai – Klage auf Einhaltung des Gesetzes sozusagen. Die Unternehmensleitung mobilisierte stattdessen Polizei und Sicherheitsdienst zu Attacken auf das Gewerkschaftsbüro und verkündete die Entlassung von 17 Kollegen, darunter alle, die irgendwelche Funktionen in der neugegründeten Gewerkschaft übernommen hatten. Der Forderung der Bangladesh

Chemical, Energy and Allied Workers' Federation (BCEF) nach Wiedereinstellung und Anerkennung der Betriebsgewerkschaft begegnete Chevron mit der Ausrede, diese Kollegen seien gar nicht in ihrem Unternehmen angestellt.

Quelle: <http://www.industrial-union.org>, 2.10.2015



Philippinen: Erfolg für Housekeeping-Kräfte

Die der IUL angeschlossene Nuwhrain setzte im August einen Kampagne-Ausschuss ein, nachdem sie sich der Globalen Kampagne für Housekeeping-Kräfte Global Housekeeping Campaign angeschlossen hatte, und hat für die lokalen Gewerkschaftsgruppen im Sofitel und im Holiday Inn in Manila bedeutende Erfolge erzielt. Der Gewerkschaft ist es gelungen, die Abschaffung der Zimmerquoten für Housekeeping-Kräfte in den beiden Hotels zu erreichen, die Schichten werden auf acht Stunden begrenzt, eine Gruppe von prekär beschäftigten Housekeeping-Kräften ist fest angestellt worden, und es wird damit gerechnet, dass weitere Festanstellungen folgen werden. Die Nuwhrain bemüht sich auch, das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung (DOLE) des Landes in ihren Kampf für höhere Standards für Housekeeping-Kräfte in der gesamten Branche einzubinden. Im Anschluss an öffentliche Aktionen zur Anprangerung von missbräuchlichen und ungesunden Bedingungen traf die Nuwhrain mit dem DOLE zusammen, um über eine gewerkschaftliche Beteiligung an Gesundheits- und Sicherheitskontrollen, eine gemeinsame Untersuchung über die Bedingungen von Housekeeping-Kräften, die Erarbeitung einer staatlichen Arbeitsschutznorm für diesen Sektor und Maßnahmen zu sprechen, um prekär Beschäftigten in der Branche effektiven Zugang zu ihren Rechten zu ermöglichen. Der Dialog wird fortgesetzt.

Quelle: www.iuf.org, 5.10.2015

Anstatt Willkommen: Asylbeschleunigung, Abschiebung und selektive Integration

KIEL. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist mit Blick auf das sogenannte Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz sehr besorgt. Wider besseres Wissen hat der Bundesrat am 16.10.2015 das Gesetz abgenickt. Mit seinem Inkrafttreten, geplant am 1.11.2015, geht eine ganze Reihe von Restriktionen einher, die sowohl verfassungsrechtlich bedenklich sind, als auch die Ziele des schleswig-holsteinischen Flüchtlingspaktes aus Mai 2015 erheblich desavouieren. Das von Migrations- und Integrationsexperten, Verbänden, der Wirtschaft sowie MigrantInnen- und Menschenrechtsorganisationen als untauglich abgelehnte Gesetz ist allerdings in großer Bund-Länder-Einigkeit beschlossen worden. Das Gesetz setzt auf einen Potpourri aus Asylbeschleunigung, sozialem Aushungern, Abschiebung und selektiver Integration für Wenige.

- So wird die maximale Unterbringungsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen – einhergehend mit einem Arbeitsverbot – von drei auf sechs Monate verlängert.
- Flüchtlinge vom Balkan – unter ihnen mehrheitlich von regelmäßiger ordnungsbehördlicher Gewalt und schwerer Diskriminierung betroffene Angehörige ethnischer Minderheiten – und aus anderen als „sicher“ dekretierten Herkunftsländern sollen die Erstaufnahmeeinrichtungen, die ihnen damit zu Ausreisezentren werden, gar nicht mehr verlassen dürfen.
- Abschiebungen sollen zukünftig grundsätzlich für die Betroffenen überraschend vollstreckt werden – Abschiebungstermine sollen den Flüchtlingen nicht mehr mitgeteilt werden.
- Flüchtlinge, die in Erstaufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften untergebracht sind, können wieder mit Sachleistungen abgespeist werden. Anders als bisher dürfen die Behörden den Asylsuchenden dabei auch jegliches Bargeld (das „Taschengeld“) für ihren persönlichen und soziokulturellen Bedarf (Telefon, Fahrgeld, Anwalt usw.) vollständig und dauerhaft entziehen. Verpflichtend ist dies für die Mehrheit der Flüchtlinge mit Duldung, aber auch für solche, die bereits in anderen EU-Staaten anerkannt worden sind. Dieser Eingriff in die Sozialleistungen ist verfassungswidrig: Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 klargestellt, dass das Menschenwürde unteilbar ist: das soziokulturelle, menschenwürdige Existenzminimum gilt für alle und muss daher bar ausbezahlt werden.
- Zugang zu Sprachkursen und arbeitsmarktlcher Integrationsförderung für alle Flüchtlinge ist nach dem Gesetz ausgeschlossen. Nur eine kleine Auswahl von Asylsuchenden – bis dato werden die Staaten Syrien, Eritrea, Iran und Irak benannt – sollen sprachliche und

andere Integrationsförderangebote erhalten, weil ihnen pauschal eine „gute Bleibeperspektive“ zugeschrieben wird. Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz trägt nicht zur Lösung der aktuellen Probleme bzgl. Flüchtlingszuwanderung, Aufnahme, Verfahrensablauf oder fehlendem burdon sharing bei. Stattdessen setzt es einseitig auf Abschreckung, betreibt mittelbar die Förderung von Flüchtlingsfeindlichkeit, zielt auf gruppenspezifische Asylverweigerung und verstößt sowohl mit Blick auf das geplante Aushungern der Betroffenen wie auch auf die pauschale herkunftsbezogene Sicherheitsbehauptung gegen das Grundgesetz. Darüber hinaus konterkariert das Gesetz die seit Jahren bundesweit erfolgreich und auch in Schleswig-Holstein im Zuge heterogener Bleiberechts- und Integrationsnetzwerke etablierte Förderstruktur ...

www.frsh.de/home/

Keine Planung neuer Kriege! Verantwortung für den Frieden! Kein Nato-Kriegsrat in Essen!

ESSEN. Die kritischen Atomwissenschaftler haben die Alarmuhr auf 3 Minuten vor zwölf gestellt! Sogar ein dritter Weltkrieg wird in den Planspielen von Nato-Strategen für möglich erklärt! Vom 23. bis 25. November 2015 lädt die Nato-Einrichtung „Joint Air Power Competence Centre (JAPCC)“ zu einer Konferenz „Luftwaffe und strategische Kommunikation“ in die Messe Essen ein... Es gebe Kräfte, die dem Vorgehen der Militärs gegenüber „feindlich“ eingestellt seien und dafür sorgten, „dass die Öffentlichkeit militärische Maßnahmen ablehnt“. Auf der Essener Konferenz will die Nato das ändern. Das wollen wir verhindern! In Zeiten immer neuer Ost-West-Spannungen wird dies immer wichtiger für die Menschen in Europa und für das Leben auf der Erde:

- Die Jahreskonferenzen des JAPCC handeln unter anderem von Kriegen als „Expedition“, vom „einkreisenden Krieg“ (etwa mit Flugverbotszonen), vom „langen Krieg“ und vor einem erneuten „großen Krieg“...
 - Die Konferenz des Jahres 2012 trug den Titel „Kriegsführung im 21. Jahrhundert (Warfare in the 21st Century)“.
 - Im letzten Jahr empfahl die JAPCC-Konferenz unter dem Titel „Zukunftspeil“ Drohnen und einen sog. „angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Potenziale“. Sie spielen im Ernst mit dem nuklearen Feuer in Europa!
- Die Friedensbewegung stellt sich gegen Nato-Strategien, die einen Atomkrieg als gewinnbar planen („Victory is possible“). Unser „Nein“ zum Krieg ist ein „Ja“ zum Leben. Seit den 1980er-Jahren stellt sich die Friedensbewegung ohne Wenn und Aber gegen Nato-Strategien, die einen Atomkrieg als gewinnbar planen („Victory is possible“). Diesen Widerstand werden wir auch weiterhin gegen alle

derartigen Pläne und Strategien in die Öffentlichkeit tragen.

Unser „Nein“ zum Krieg ist ein „Ja“ zum Leben. Wir wehren uns gegen jegliche Form der Kriegsführung und fordern:

- Keine Nato-Planung neuer Kriege – Kein Werben fürs Inferno!
- Forschung, Entwicklung und Implementierung ziviler, gewaltfreier Konfliktlösungsmittel und –mechanismen, statt Kriegs- und Militärpropaganda!
- Abschaffung des JAPCC und umfassende Aufklärung der Öffentlichkeit!
- Eine atomwaffenfreie Welt, vollständige nukleare Abrüstung und Abzug der Atomwaffen von deutschem Boden!

www.no-natom-krieg.de

Wieder Razzien und Verhaftung gegen die kurdische Bewegung

GÖTTINGEN. Am Mittwoch, 21.10.2015 wurden unter dem Vorwand der Bekämpfung der PKK Wohnungen und Büros politisch aktiver kurdischer Menschen und Vereine polizeilich durchsucht. Die meisten der Razzien fanden in Dresden statt, eine in Hannover. In Dresden wurde dabei ein Mann in Haft genommen, dem die Staatsanwaltschaft vorwirft, Gebietsleiter der PKK in Sachsen zu sein. Nur eine Woche, nachdem Angela Merkel bei ihrem Staatsbesuch in Ankara dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan Unterstützung zugesagt hatte, erfolgt eine weitere Gefälligkeitsgeste für das türkische Regime durch die deutsche Justiz. Offensichtlich soll Erdogan als neuer Bluthund aufgebaut werden, um Deutschland Flüchtlinge vom Hals zu halten. Als Gegenleistung verfolgt Deutschland unter dem Vorwand der ‚Terrorismusbekämpfung‘ die kurdische Befreiungsbewegung auch in der BRD. Dass mit dieser Kumpanei ausgerechnet diejenigen staatlich verfolgt werden, die im Nahen Osten am entschiedensten gegen den ‚Islamischen Staat‘ kämpfen, nehmen die deutsche und die türkische Regierung billigend in Kauf.

Nicht erst seit den blutigen Bombenanschlägen in Suruc und Ankara und den Verhaftungswellen gegen linke Oppositionelle ist offensichtlich, dass ein rechtsstaatlicher Umgang mit regimiekritischen Bewegungen von der türkischen Regierung nicht zu erwarten ist. Mit ihrer Verfolgung der kurdischen und türkischen Exillinken macht sich die deutsche Justiz zur Handlangerin des Erdogan-Regimes. Wir fordern die Bundesregierung auf, jede politische, juristische und militärische Unterstützung der Regierung in Ankara sofort zu beenden. Insbesondere fordern wir die längst überfällige Aufhebung des PKK-Verbotes und aller 129b-Verfahren gegen linke kurdische und türkische Befreiungsbewegungen. Wir werden weiterhin alle unterstützen, die wegen ihres Kampfes um Emanzipation und Befreiung verfolgt, verurteilt und eingesperrt werden.

www.rote-hilfe.de

Kinder ohne Aids-Medikamente und Tests für Alle!

BERLIN. Gemeinsam mit der Kinder-nothilfe, Plan International, terre des hommes und World Vision setzen wir uns dafür ein, dass Kinder, die von HIV und Aids betroffen sind, eine bessere und angemessene Versorgung bekommen. Von den 35 Millionen von HIV und AIDS betroffenen Menschen sind 3,2 Millionen Kinder zwischen 0 und 14 Jahren. Auch 2013 haben sich 240 000 Kinder mit HIV infiziert. Kinder sind durch das sich erst entwickelnde Immunsystem besonders betroffen. Mehr als die Hälfte der Kinder mit HIV stirbt in den ersten zwei Lebensjahren. Während 41% der Erwachsenen weltweit, die eine Behandlung benötigen, eine medikamentöse HIV-Therapie erhalten, sind es nur 32% der Kinder.

Um Fortschritte in der Behandlung von Kindern zu erreichen, bedarf es bezahlbarer Wirkstoffkombinationen in kindgerechten Darreichungsformen und flächendeckenden Zugang zu speziellen – für die HIV-Diagnose bei Kindern nutzbaren – Testgeräte. Setzen Sie sich deshalb mit uns dafür ein, dass

- die Bundesregierung den Aufbau von speziellen Testmöglichkeiten für Kinder in den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria mit einem ihrer Wirtschaftskraft angemessenen Beitrag von mindestens 400 Millionen Euro jährlich unterstützt.

- die Pharmaindustrie kindgerechte Behandlungsformen weiterentwickelt und diese mit Hilfe des Patentpools von UNITAID kostengünstig und für Entwicklungs- und Schwellenländer zur Verfügung stellt. www.aids-kampagne.de

2030-Agenda: Nach den Gipfelhöhen kommen die Mühen der Ebene

BERLIN. Anlässlich der für heute geplanten Verabschiedung der 2030-Agenda beim UN-Gipfel in New York fordert VENRO, die Umsetzung zügig auf den Weg zu bringen – in Deutschland und weltweit. „795 Millionen Menschen leiden akut an Hunger, 1,3 Milliarden Menschen leben in extremer Armut, 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht und die Folgen des Klimawandels sind immer mehr zu spüren. Es ist Zeit zu handeln“, so Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO. „Die 2030-Agenda bietet neue Chancen für eine zukunftsfähige Welt und wir sollten diese Chancen nutzen.“ Heute treffen sich Vertreterinnen und Vertreter von 193 Staaten, darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, in New York. Dort wollen sie die 2030-Agenda als neues globales Rahmenwerk für Entwicklung und Nachhaltigkeit verabschieden. Kernelement der Agenda sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die in 15 Jahren erreicht

werden sollen. Die neue Agenda soll für alle Länder gleichermaßen gelten, auch für Deutschland. In einem Standpunkt bewertet VENRO die 2030-Agenda und fordert von der Bundesregierung eine zügige Umsetzung.

„Mit der 2030-Agenda muss in Deutschland und den anderen Industrieländern eine umfassende Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden“, so Bornhorst weiter. Es komme jetzt auf die Umsetzung an. „Die Bundesregierung muss baldmöglichst einen konkreten Umsetzungsplan der 2030-Agenda in und durch Deutschland vorlegen. Nach den Gipfelhöhen kommen jetzt die Mühen der Ebene.“ „Die 2030-Agenda ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, auch wenn einige Ziel aus unserer Sicht zu vage und unkonkret ausgefallen sind“, erklärt Bornhorst. „Widersprüche und Zielkonflikte, zum Beispiel wie die Wirtschaft bei endlichen Ressourcen weiter wachsen soll, werden nicht angesprochen.“ Dennoch greife das Papier viele wichtige und drängende Probleme auf und gebe konkrete Lösungsvorschläge.

Bernd Bornhorst betont abschließend: „Die Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen ist eine zentrale Voraussetzung zur Erreichung aller Ziele.“ venro.org/home/



2. Schattenbericht „10 Jahre Hartz IV“ liegt vor

KÖLN/BERLIN. Zum zweiten Mal nach 2012 hat die Nationale Armutskonferenz (nak) heute einen Schattenbericht zur Armut in Deutschland vorgelegt. Er trägt den Titel „Zehn Jahre Hartz IV – zehn verlorene Jahre“. Vor der Berliner Bundespressekonferenz betonte nak-Sprecher Dr. Frank Johannes Hensel, Armut sei „kein unglücklicher Zufall“. ErfordertemehrpolitischeEntscheidung bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland. „Wir dürfen keine weiteren Jahre mehr verlieren!“ Denn inzwischen wachse jedes fünfte Kind in Deutschland in einer einkommensarmen Familie auf. Daran habe auch das von der Bundesregierung 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket nichts ändern können. Hensel: „Die Notwendigkeit, nach 2012 erneut einen Schattenbericht veröffentlichen zu müssen, zeigt, dass Armut und soziale Ausgrenzung von der Politik als fast schon unabänderlich hingenommen werden.“ Der Schattenbericht, der als Sonderausgabe der Berliner Obdachlosenzeitung „Strassenfeger“ erscheint,

lässt Betroffene zu Wort kommen, aber auch Armutsforscher und Personen, die im Umgang mit Armen erfahren sind, wie den neuen Berliner Erzbischof Dr. Heiner Koch. Der Sprecher der nak warnte vor der Bundespresskonferenz zudem vor einem Anstieg der Altersarmut. „Bis zum Jahr 2030 wird – so politisch entschieden – das Rentenniveau auf 43 Prozent sinken. Die Folge wird sein, dass die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, deutlich steigt.“ Schon jetzt sei der Anstieg enorm: 2003, so Hensel, waren 250 000 Seniorinnen und Senioren auf Sozialleistungen angewiesen, mittlerweile sind es längst doppelt so viele.

nationalearmutskonferenz.de

Aufruf: Keine neue Hürde bei Volksbegehren!

BERLIN. Die Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus plant, die Unterschriftensammlung bei Bürger- und Volksbegehren zu erschweren. Zukünftig soll schon eine einzelne unleserliche Angabe oder auch ein abgekürzter Straßename zur Ungültigkeit der Unterschrift führen – obwohl die unterschreibende Person eindeutig erkennbar ist. Die Folge: Zahlreiche Unterschriften wären ungültig und es müssten noch deutlich mehr Bürger/innen für ein Volksbegehren unterschreiben – eine Erhöhung des Quorums durch die Hintertür! Für die Initiativen wird es somit schwerer, ihre Anliegen zum Volksentscheid zu bringen. Nicht mit uns!

DirekteDemokratienurnochfürSchönschreiber? Klingt wie ein schlechter Scherz, könnte aber bald Realität werden: Die Koalition im Abgeordnetenhaus plant, die Unterschriftensammlung bei Bürger- und Volksbegehren zu erschweren. Sie begründet ihren Vorstoß damit, die Unterschriftensammlung zukünftig missbrauchssicher zu gestalten. Jedoch gab es für den massenhaften Missbrauch bei Volksbegehren bisher keinerlei Anhaltspunkte – das musste zuletzt auch Innensenator Henkel auf Nachfrage der Opposition zugeben. Die ablehnende Haltung des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller gegenüber der direkten Demokratie lässt eher vermuten, dass Volks- und Bürgerbegehren damit Steine in den Weg gelegt werden sollen. Helfen Sie jetzt mit, dass diese überflüssige Zusatzhürde für direktdemokratische Initiativen verhindert wird!

www.mehr-demokratie.de



Die BuGa und der Wohnungsbau

MANNHEIM. Die BuGa ist keine stadtplanerische Konzeption zur Gestaltung von 300 Hektar (mit Coleman 500 Hektar) Konversionsfläche, sondern nur ein Wohnungsbauprogramm für Reiche, für das auch noch eine totale Landschaftszerstörung hingenommen wird. Das behaupten BuGa-Gegner. Ist das so? Eine Betrachtung:

Wir konzentrieren uns bei der Betrachtung auf den Wohnungsbau und lassen die etwas abwegige Behauptung der Landschaftszerstörung hier außer Acht. Am nördlichen Rand des BuGa-Geländes, an der ehemaligen Spinelli-Kaserne, sollen in zwei Bereichen größere Wohnsiedlungen entstehen. So ist es im Siegerentwurf des Ideen- und Realisierungswettbewerbs vorgesehen. Wer diese Siedlungen finanzieren und bauen soll, ist derzeit noch nicht bekannt, man kann aber davon ausgehen, dass die Stadtverwaltung nur private Investoren hierfür im Auge hat. Wenn dem so ist, so muss hier konsequent darauf gedrungen werden, dass eine vernünftige Balance zwischen höherpreisigen und sozialpflichtigem Wohnraum entsteht. Auf der einen Seite brauchen wir Wohnraum für sogenannte Besserverdienende, um sie in der Stadt zu halten oder anzulo-

cken, auf der anderen Seite brauchen wir aber auch dringend Wohnraum, dessen Quadratmeterkaltmiete sich um die sieben Euro oder eventuell auch darunter bewegt.

Aus den veröffentlichten Entwürfen ist nicht zu entnehmen, für wieviele Personen der noch zu bauende Wohnraum ausgelegt sein soll. Einige Tausend könnten es schon werden.

Wie aber kann man es schaffen, dort einige hundert Sozialwohnungen zu errichten, deren Mietpreisbindung nicht nach 20 oder 30 Jahren ausläuft, sondern auf Dauer existiert?

Eine erste notwendige Voraussetzung bestünde bereits darin, dass die Stadt Eigentümerin der Bauflächen ist und bleibt, so dass eine Grundstücksfinanzierung nicht erforderlich ist. Für Konversionsflächen hat die Stadt jedoch an die Bundesimmobilienanstalt BIMA

kräftig bezahlen müssen. So weit so schlecht. Eine weitere unumgängliche Voraussetzung wäre ein staatlich gefördertes Wohnungsbauprogramm, das den Namen auch verdient, welches als „verlorener Zuschuss“ den über Mietern zu refinanzierenden Erschließungs- und Baukostenanteil reduziert. Ein weiterer Zuschuss könnte durch Quersubventionierung erwirtschaftet werden: durch profitablen Verkauf von Bauland an private Investoren, die den höherpreisigen Wohnraum errichten. Bauherr der Sozialwohnungen muss jedoch eine nicht profitorientierte Baugesellschaft, wie z. B. die GBG sein.

Der Druck auf Bund und Länder, schnellstmöglich ein Wohnungsbauprogramm aufzulegen, steigt derzeit kräftig und es ist davon auszugehen, dass da etwas kommen wird. Wenn die derzeitigen Regierungsparteien aus Union und SPD rätseln, wie sie das Programm finanzieren sollen, empfiehlt der Autor, die seit Jahrzehnten geförderte Reichtumspflege aufzugeben, eine Erbschafts- und Vermögenssteuer einzuführen, die auch etwas bringt, Steuerschlupflöcher zu schließen, unnötige Steuersubventionen

Erfolgreicher Einstieg in den Beteiligungshaushalt

MANNHEIM. Im Dezember stehen die Beratungen zum Doppelhaushalt 2016/2017 der Stadt Mannheim an. Erstmals wurde als ein Element der politischen Willensbildung den wahlberechtigten BürgerInnen die Möglichkeit gegeben, ihre Wünsche und Forderungen in die Haushaltsberatungen des Gemeinderats einfließen zu lassen. Es handelt sich hierbei um die Umsetzung eines 2012 von der knappen rot-rot-grünen Mehrheit beschlossenen Antrags der Grünen. Die Linke hatte ebenfalls mehrfach auf einen „Bürgerhaushalt“ gedrängt.

Wie funktioniert der Beteiligungshaushalt?

Das Verfahren ist internetgestützt, allerdings mit der Möglichkeit, schriftliche Eingaben zu machen (faktisch minimal genutzt). Die Kommunalwahlberechtigten, die sich beteiligen wollen, müssen sich mit Namen und Adresse auf der Beteiligungsplattform anmelden und können dann Vorschläge einstellen und für alle eingestellten Anträge ihr Votum abgeben. Ein Antrag wird dann in die Haushaltsberatungen eingeschleust, wenn er mindestens 100 Stimmen auf sich vereinen kann; darunter werden die Anträge nicht weiterverfolgt. Pro Antrag kann man nur einmal voten; selbstverständlich kann man sich aber zu allen Anträgen äußern.

Hat ein Antrag die erforderliche UnterstützerInnenzahl, nimmt die Verwaltung dazu schriftlich Stellung und gibt eine Empfehlung über das weitere Verfahren ab. Mit dieser Stellungnahme versehen ist der Antrag einem Antrag aus den Reihen des Gemeinderats gleichgestellt. Dieser entscheidet im Rahmen der Haushaltsberatungen (nach Vorberatung) in den Ausschüssen abschließend.

Es handelt sich also um einen „Dialog zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Gemeinderat“, nicht um eine Entscheidungsmöglichkeit im Sinne direkter Demokratie. Allerdings können Bürgerinnen und Bürger erstmals die Befassung mit ihren Anliegen bei entsprechender Unterstützung erzwingen. Als handliche Information über die Aufgaben und Struktur des (inzwischen doppischen) Kommunalhaushalts veröffentlichte die Verwaltung 2014 eine gut lesbare Haushaltsbroschüre.

Wie verlief der erste Testlauf?

Die Beteiligungsmöglichkeit war aufgrund der langen Vorlaufzeit relativ kurz bemessen. Der Beschluss über die konkrete Umsetzung durch das Internet-Portal www.beteiligungshaushalt.mannheim.de fiel erst am 17. März dieses Jahres. Vorschläge konnte man vom 8. bis 28. Juni hochladen; vom 8. Juni bis 19. Juli konnten die Vorschläge unterstützt werden.

Zum allgemeinen Erstaunen beteiligten sich weit über 5 000 Menschen an dem Verfahren. Die Schätzungen lagen zuvor bei 2 bis 3 000 TeilnehmerInnen.

Statistik

350	Vorschläge
5716	Teilnehmer
40937	Bewertungen
174	Vorschläge mit erreichtem Quorum (100+)

Bewertung durch die Verwaltung:

98	weiterverfolgen
47	nicht weiterverfolgen
10	wird bereits umgesetzt
7	Stadt MA nicht zuständig
12	rechtliche Gründe sprechen dagegen

Im Laufe der Etatberatungen wird sich der Gemeinderat also mit 174 bürgerschaftlichen Anträgen zu befassen haben. Das Votum der Verwaltung ist hinsichtlich „weiterverfolgen“ und „nicht weiterverfolgen“ selbstverständlich nicht bindend.

Und was schlagen die BürgerInnen vor?

Der erfolgreichste Antrag mit 582 UnterstützerInnen regt „Ein Badeschiff für Mannheim!“ an. Unter den 10 erfolgreichsten Anträgen fordern vier mit ebenfalls hohen Unterstützerzahlen die Abschaffung des ungeliebten Gelben Sackes zugunsten einer gelben oder Wertstoff-Tonne. Zwei Anträge kümmern sich bessere Bedingungen für RadfahrerInnen, je einer äußert sich zum ÖPNV und zur Förderung des Capitol-Eventhauses. Der letzte unter den ersten Zehn hat schließlich den Beteiligungshaushalt selbst zum Gegenstand. Vorgeschlagen wird, das Portal

abzuschaffen und dergleichen mehr. Dann wäre ein wirkungsvolles Wohnungsbauprogramm gleich mehrfach finanziert.

Die BuGa-Gegner forderten im Vorfeld der Haushaltsberatungen, die BuGa solle aus den eingangs erwähnten Gründen abgesagt und die eingesparten 65 Millionen Euro (70 minus 5 für die bereits entstandenen Planungskosten) in den Sozialwohnungsbau gesteckt werden. Das klingt logisch. Keine BuGa und wir haben viel Geld. Nur: wenn die 65 Millionen Euro in den sozialen Wohnungsbau gesteckt werden, hat sich dann die Konversion von 300 oder 500 Hektar ehemaligem Militärgelände und die Entwicklung des Grünzugs Nordost ebenfalls erledigt? Natürlich nicht. Die Kosten hierfür müssen auf jeden Fall aufgebracht werden: Es sei jedem empfohlen, sich nur einmal vorzustellen, was der Abriss der zahlreichen Lagerhallen und der Rückbau der Verkehrsflächen auf Spinelli kostet, um zu merken, dass hier ein Milchmädchen rechnet und agiert.

Am 6. Oktober 2015 war nun die Forderung zu hören, der OB solle in sei-

ner Haushaltsrede ankündigen, in den nächsten Jahren 5 000 Sozialwohnungen zu bauen (besser: bauen zu lassen). Es wurde allerdings nicht erläutert, wo in Mannheim die 5000 Wohnungen gebaut werden können (der Wohnungsbau auf Spinelli wird ja kritisiert) und woher die mindestens eine Milliarde Euro kommen sollen, die für den Grunderwerb, die Erschließung und den Bau der 5000 Sozialwohnungen notwendig wären. Vielleicht hat man sich mit der Forderung auch nicht genau genug ausgedrückt und meint, dass ein großer Teil der rund 2.500 ehemaligen US-Wohnungen auf Franklin renoviert werden und 2.500 weitere Sozialwohnungen neu gebaut werden sollen, am besten gleich nebenan auf Franklin? Eine städtebaulich und sozialpolitisch ziemlich abstoßende Ghetto-Vorstellung. Die Kosten lägen trotzdem weit über einer halben Milliarde Euro. Aus den gleichen Kreisen wird übrigens immer die hohe Verschuldung Mannheims von – je nach Sichtweise – 1,1 oder 2 Mrd. Euro angeprangert.

Der Vorwurf, man plane (bisher) am BuGa-Gelände nur für „Reiche“, hört sich kämpferisch und links an. Es ist

jedoch niemand deshalb gleich „reich“, wenn er oder sie ein Arbeitseinkommen erzielt, das es möglich macht, zehn bis zwölf Euro Kaltmiete zu bezahlen. Wenn Die Linke und andere von der „Reichensteuer“ reden, meinen sie andere Reiche.

Genauso wie dringend die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, für einkommensschwache Menschen einschließlich der Flüchtlinge ausreichend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wäre es politisch unklug, sich nicht auch um die Mittelschicht zu kümmern. Seit den 1960er Jahren wanderten viele dieser Leute in das Umland ab. Mit abgewandert sind dadurch Kauf- und Steuerkraft. Soziale Kommunalpolitik benötigt jedoch als Basis auch solche Wirtschaftskraft. Das funktioniert nur, wenn der dafür benötigte Wohnraum zur Verfügung steht. Trotz aller gegenteiliger Behauptungen ist das nämlich noch immer nicht der Fall. Insbesondere deshalb nicht, weil es wieder einen tendenziellen Zuzug in die großen Städte gibt und die Nachfrage nach Wohnraum aller Preislagen zusätzlich angeheizt wird.

Steven Kunz

Kommunal-Info Mannheim

zum Beteiligungshaushalt ganzjährig geöffnet zu halten, als kontinuierliches Verfahren.

Gruppiert man die Anträge jeweils nach dem (subjektiv) wichtigsten Stichwort, stellt man fest, dass das wohl häufigste Thema mit dem Fahrradverkehr zu tun hat (53 Nennungen), mit dem Verkehr allgemein, lokalen Verkehrsregelungen und Straßenwidmungen befassen sich weitere knapp 50 Vorschläge, mit der Ausstattung öffentlicher Plätze, Grünflächen und Parks 20 Anträge. Ebenso viele Anträge haben soziale Anliegen, die fast alle hoch gewotet wurden. Straßen-Themen dagegen erreichten meist nicht das Quorum, da sie zu speziell auf einen engen Raum abheben. Nicht verwunderlich, dass die einzigen zwei erfolgreichen Straßen-Themen in der Neckarstadt verortet sind. Die Vermutung, dass dieser große Stadtteil mit seinen starken alternativen Milieus stark in den Beteiligungshaushalt eingestiegen ist.

Damit sind wir bei der (zugegeben spekulativen) Frage: Wer hat sich beteiligt? Und welche demokratische Qualität steckt in den Vorschlägen und ihren Voten?

Nicht beteiligt haben sich sicherlich die Nicht-WählerInnen. Die Verortung der Vorschläge weist eher auf die Stadtteile mit noch einigermaßen starker Wahlbeteiligung hin. Es gibt reichlich Vorschläge der Art „nice to have“. Seine Beschwerde dagegen über beispielsweise Hartz IV formuliert kein einziger Teilnehmer. Der Ton der Anträge ist – so der erste Eindruck – nicht wutbürgerlich, sondern seriös. Die Spur von Fan-

Kreisen ist deutlich wahrnehmbar: 302 Stimmen für das Maifeld-Derby: „Das Maifeld Derby ist ein dreitägiges Musikfestival und findet seit 2011 jährlich auf dem Maimarktgelände in Mannheim statt. Die Veranstaltung wurde mit viel Herzblut, Leidenschaft und Idealismus von ehemaligen Popakademie-Studenten gegründet und ist sowohl ökologisch als auch musikalisch nachhaltig aufgebaut.“ Viel Quorumserfolg haben Kindergärten und Schulen oder Vereine, die in ihrer Gruppe gut mobilisieren können.

Das Sozial-Monatsticket, das UmFairTeilen platziert hat, bekam immerhin 224 „likes“, der Vorschlag, den fahrscheinlosen ÖPNV als Pilotprojekt in Mannheim einzuführen, begeisterte 190 TeilnehmerInnen. Einen Armuts-/Reichtumsbericht unterstützen 166 Leute. Aber viele Anträge blieben wegen Nichterreichen des Quorums auf der Strecke. So die Hälfte der Anträge rund um das Thema Barrierefreiheit. Beispielsweise die Forderung nach einer barrierefreien Anbindung der neuen Kunsthalle an den alten Billingbau: Hier kamen nur 69 UnterstützerInnen zusammen. Man hat den Eindruck: Gerade mal die Mitglieder der AG Barrierefreiheit und ihre Angehörigen und Freunde. Allerdings liegt zu diesem Thema schon länger ein Antrag der Linken vor, der voraussichtlich nun in modifizierter Form als interfraktioneller Antrag in die Etatberatungen eingeht. Es handelt sich um ein unabweisbares Muss und um den Ausgleich eines Planungsfehlers. Die „direkten Demokraten“ sehen dies jedoch offenbar nicht so – mag sein, dass das Thema ein wenig speziell ist.

Fazit

Der Beteiligungshaushalt ist schon 2015 ein Erfolg: Über 5 000 Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit genutzt, ihre Themen zu setzen. Die Verwaltung hat sich mit den Vorschlägen – wenn auch nicht immer zufriedenstellend – auseinandergesetzt und der Gemeinderat muss auf der Basis seiner Gesamtverantwortung über jeden einzelnen Vorschlag entscheiden. Das Manko bleibt, dass sich große Teile der Stadtgesellschaft eben nicht an solchen Prozessen beteiligen, und dass unter denjenigen, die sich beteiligen, mutmaßlich viele „alte Bekannte“ aus vormaligen Beteiligungsverfahren sind. Und natürlich sagt die Position des einzelnen Vorschlags in der „Hitparade“ der Anträge nicht unbedingt etwas über seine Wichtigkeit und Unabweisbarkeit aus. Das Beteiligungsverfahren wird, so ist zu befürchten, auch Frust bei denen erzeugen, die nicht zum Zuge gekommen sind. Sie werden wohl nicht den von der Verwaltung erhofften größeren Rückhalt für das Haushaltswesen liefern. Und am Ende wird auch sichtbar, dass die BürgerInnen gut daran tun, einen Gemeinderat zu wählen, der zwischen den zahlreichen Interessen abwägt und mit Hilfe der Verwaltung nach Möglichkeit ein Haushaltswerk verabschiedet, das den städtischen Gesamtbetrieb am Laufen halten kann, und das möglichst in eine gute Richtung, die vorher in ausführlichen demokratischen Diskussionen beschlossen wurde. Repräsentative Demokratie mit BürgerInnenbeteiligung eben – und Streitkultur.

Thomas Trüper

Veranstalter:* Großdemo gegen TTIP und CETA – 250 000 Menschen zeigen Konzern

Unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel“ haben etwa 250 000 Menschen bei einer Großdemonstration im Herzen von Berlin gegen die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA) protestiert. Auch in anderen EU-Staaten gab es Proteste – insgesamt gingen mehrere Millionen Europäer/innen auf die Straße gegen TTIP und CETA. Nie zuvor sind in Europa mehr Menschen zu diesem Thema auf die Straße gegangen. Zur Demonstration aufgerufen hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis. (von Charlie Rutz)

Auf der Großdemonstration mit 250 000 Teilnehmer/innen wurden die EU-Kommission, die Bundesregierung, der Bundestag und die anderen EU-Mitgliedstaaten dazu ermahnt, die Forderung der Demonstranten aufzugreifen. Internationale Verträge müssen transparent verhandelt werden und den Schutz von Demokratie und Rechtsstaat gewährleisten. Sie dürfen sich nicht an Konzerninteressen ausrichten. Gemeinsam fordern die Demonstrierenden die Sicherung und den Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards. Nur mit einem fairen Welthandel können ein sozialer Ausgleich, umweltgerechtes Wirtschaft-

ten und kulturelle Vielfalt durchgesetzt werden.

Von 25 Motiv- und Lautsprecherwagen begleitet, bewegte sich ein bunter Demonstrationszug mit phantasievollen Losungen, Transparenten und Fahnen vom Hauptbahnhof, am Reichstagsgebäude vorbei bis zur Siegessäule. Zur Auftaktkundgebung sprach unser Bundesvorstandssprecher Dr. Michael Efler zu den Demonstrierenden. Dabei kritisierte er unter anderem: „Niemand von uns ist gefragt worden, ob Verhandlungen zu TTIP aufgenommen werden sollen, niemand von uns wurde gefragt, welche Inhalte dabei eine Rolle spielen – und wenn es nach den Herrschenden geht, soll auch niemand von uns gefragt werden, ob die Verträge in Kraft treten sollen. Das dürfen wir uns nicht länger bieten lassen. Wir brauchen die Möglichkeit von Volksentscheiden auf Bundesebene bei grundlegenden Fragen – natürlich nicht nur, aber auch zu TTIP und CETA.“**

Beider Abschlusskundgebungsreden unter anderem Reiner Hoffmann (DGB-Vorsitzender), Gesine Schwan (Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform), Hubert Weiger (Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND), Christian Höppner (Präsident des Deutschen Kulturrates)

sowie Ulrich Schneider (Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes). Sie alle kritisierten die Handelsabkommen.

Seit zwei Jahren informieren wir über die Handelsabkommen TTIP und CETA – mit Erfolg! Zuletzt haben wir mit dem „Stop TTIP“-Bündnis insgesamt 3.263.920 Unterschriften gegen den Ausverkauf von Demokratie und Rechtsstaat gesammelt und symbolisch in Brüssel übergeben.

Zudem steht unsere demokratiepolitische Kritik an den Abkommen im Mittelpunkt der Kampagne und in der öffentlichen Debatte. Das ist vor allem auch unseren vielen Aktiven zu verdanken, die sich Tag für Tag mit Herzblut gegen TTIP und CETA engagieren. Zur heutigen Großdemo kamen hunderte Aktive von Mehr Demokratie mit extra von uns gecharterten Bussen nach Berlin. Wir sagen: „Ganz herzlichen Dank, liebe Leute!“

Wir machten auf der Großdemo auch einen Infostand, der geradezu von Menschen belagert wurde. Dort sammelten wir hunderte neue Unterschriften für unseren Aufruf zur Reform der Europäischen Bürgerinitiative. Darin fordern wir eine Stärkung unserer demokratischen Rechte. Dazu gehören auch Volksbegehren und Volksentscheide auf europäischer

* Charlie Rutz, www.mehr-demokratie.de/stopttip-grossdemo.html ** Seine ganze Rede: [http://www.mehr-demokratie.de/6986.html?&tx_ttnews\[backPid\]=5859&tx_ttnews\[tt_news\]=16605&cHash=e977648dfc9347d02fcc032408162633](http://www.mehr-demokratie.de/6986.html?&tx_ttnews[backPid]=5859&tx_ttnews[tt_news]=16605&cHash=e977648dfc9347d02fcc032408162633)

Streitgespräch zu TTIP im Mannheimer Gewerkschaftshaus

Rückblick: Mensch und Umwelt vor Profit

Diskussionsveranstaltung im Mannheimer Gewerkschaftshaus zum Thema Freihandelsabkommen, TTIP, CETA und Co. – Zu Gast: Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Ernst-Christoph Stolper. Bei der gut besuchten Diskussionsveranstaltung am 29. September im Gewerkschaftshaus waren mit den beiden Referenten Prof. Dr. Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim und Ernst-Christoph Stolper vom BUND, Sprecher Arbeitskreis Internationale Umweltpolitik ein Befürworter und ein Gegner der Freihandelsabkommen Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) auf dem Podium.

Der Untertitel der Veranstaltung lautete: „Freihandelsabkommen: Auswirkungen auf Demokratie, Arbeitsrechte, Verbraucherschutz, Umweltschutz und soziale Standards? Sicherung oder Gefährdung von Arbeitsplätzen? Faire Handelsbeziehungen – die Alternative?“

Herr Heinemann begründete seine Position für die Abkommen mit dem Wirtschaftswachstumsschub, der durch diese Abkommen erzeugt wür-

de, indem nicht nur die bereits sehr niedrigen Zölle, sondern auch andere Hindernisse für freien Handel beseitigt würden. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum soll nach einer Studie die von der EU-Kommission in Auftrag gegeben wurde pro Jahr ca. 0,04 % betragen. Er betonte auch die Notwendigkeit der Standardisierung technischer Regeln und Zulassungsverfahren. Dies war in der Debatte unstrittig.

Beim Investitionsschutz kritisierte er, dass der endverhandelte CETA-Vertrag weiterhin unbestimmte Rechtsbegriffe enthält, die eine weite Rechtsauslegung für private Schiedsgerichte ermöglicht, wenn Konzerne Staaten verklagen wegen entgangener Gewinne aufgrund von neuen Gesetzen oder Verordnungen. Zum Schluss seines Eingangsstatements stellt er die Frage: „Woher kommt der breite Widerstand gegen diese Abkommen?“

Herr Stolper gab zu bedenken, dass sowohl CETA als auch TTIP keine klassischen Handelsabkommen sind,

sondern neue Regeln geschaffen werden in allen Lebensbereichen, vom Umwelt- und Verbraucherschutz, über das Arbeitsrecht, bis hin zu demokratischen Prozessen. In beiden Abkommen wurden und werden offensichtlich die Forderungen der Industrieverbände zu einer Deregulierung in diesen Bereichen weitgehend aufgenommen. So ist zu befürchten, dass über das TTIP-Abkommen und der weitgehenden Liberalisierung (Privatisierung) die im Verhandlungsmandat als Ziel vorgegeben ist, nicht nur Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge, die von öffentlichen Einrichtungen bereitgestellt werden, privatisiert werden, sondern auch grundsätzliche Regeln wie das Vorsorgeprinzip oder das Verbot von genveränderten Lebensmitteln auf dem Verhandlungstisch geopfert werden.

Den häufig geäußerten geostrategischen Überlegungen, Europa müsse zusammen mit den USA Standards und Normen setzen, hielt er entgegen, dass die Verflechtung der europäischen Länder zu anderen Staaten so stark seien, dass diese Beziehung unter der einseitigen Ausrichtung auf die USA leiden würden.

Während Herr Heinemann die Auffassung vertrat, die TTIP-Verhandlung-

en und Politik die rote Karte!

Ebene. Wir wollen nicht Zaungäste der Politik sein, sondern Europa gestalten!

Zu der Großdemonstration hatte ein breites Bündnis von mehr als 170 Organisationen aus fast allen gesellschaftlichen Bereichen aufgerufen: Umwelt-, Entwicklungs- und Sozialpolitik, Demokratie, Kultur, Bürger- und Verbraucherrechte und Gewerkschaften. Zum engen Trägerkreis zählen u.a. der Deutsche Gewerkschaftsbund, der BUND, Attac, der Deutsche Kulturrat, Campact, der Paritätische Wohlfahrtsverband, foodwatch, Mehr Demokratie, Brot für die Welt, Greenpeace, der WWF und die NaturFreunde Deutschlands.



(Kundgebung am Großen Stern | Foto by Charlie Rutz | Lizenz: CC BY-SA 2.0) – See more at: www.mehr-demokratie.de/stopttip-grossdemo.html

gen wären sehr transparent, beschrieb Herr Stolper, dass die veröffentlichten Dokumente unüberschaubar, sowie mit Werbung für die Abkommen bespickt seien, sowie die eigentlichen wichtigen Verhandlungsdokumente nicht offenliegen würden. Abgeordnete des Europaparlaments könnten nur in einem Lesesaal Einblick in die Dokumente nehmen, unter der Auflage strikter Geheimhaltung. Bundestagsabgeordneter ist der Zugang zu den Verhandlungsdokumenten verwehrt. Dies, obwohl der US-Verhandlungskommission aus bestimmten Quellen die Verhandlungsposition der EU-Kommission im Detail bekannt sein müsste.

Diese Intransparenz sei bereits anfänglich verantwortlich für das tiefe Misstrauen der Bevölkerung gegen diese Abkommen und den gesamten Gang der Verhandlungen. Das Misstrauen habe sich durch die bekanntgewordenen Inhalte bestätigt.

Unter einer regen Beteiligung der Teilnehmer wurden die angesprochenen Themen vertieft. Am Ende waren sich alle darin einig, dass die Frage, wie ein gerechter Welthandel erreicht werden kann, ganz aktuell auf der Tagesordnung steht.

IG Metall Mannheim

Kommunale Politik

„Scholz führt Hamburg in eine humanitäre Katastrophe!“ HAMBURG. In der Debatte zur Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik hat Cansu Özdemir dem Ersten Bürgermeister vorgeworfen, die dramatischen Zustände in den Unterkünften zu ignorieren und mehr Probleme zu schaffen als zu lösen. „Herr Scholz, wachen Sie endlich auf, Sie führen Hamburg sehenden Auges in eine humanitäre Katastrophe!“, warnte die Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Man kann Ihr Agieren nicht einmal als politisches Versagen bezeichnen. Wenn der Senat es versuchen und scheitern würde, dann Ja. Aber sie versuchen es noch nicht einmal! Nicht Sie haben sich die Flüchtlingspolitik zur zentralen Aufgabe gemacht, sondern die Zivilgesellschaft in Hamburg!“ Angesichts der gesundheitsgefährdenden Zustände forderte Özdemir erneut, die Menschen, die noch immer in unbeheizten Zelten untergebracht sind, sofort in warme, beheizte und winterfeste Unterkünfte zu verlegen. Zur Entlastung der Erst- und Notaufnahme und zum Ausbau der Folgeunterbringung müssten dezentral kleinere Gebäude umgebaut werden. „Sie müssen das Gesetz ausschöpfen und auch leerstehende Wohn- und Büroimmobilien belegen“, so die Sozialpolitikerin. „Eines aber ist ganz wichtig: Ein gegeneinander Auspielen von sozial benachteiligten Gruppen darf es nicht geben. Die großen Aufgaben, die nötig sind für die Aufnahme der Flüchtlinge und ihre Integration in die Stadtgesellschaft, dürfen nicht zu Lasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen, die auf eine gute, intakte soziale Infrastruktur angewiesen sind. Ressourcen sind genug für alle da.“ Zur Finanzierung dieser Aufgabe brachte Özdemir ein besonders finanziertes Investitionsprogramm ins Spiel: „Andere Bundesländer wie Thüringen oder Bayern nutzen die Steuermehreinnahmen für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Auch Hamburg muss dies tun, Sie müssen ran an das Finanzrahmengesetz!“ www.die-linke-hamburg.de

Wohnungsamt weist hunderte Flüchtlinge ab: KÖLN. Bereits Ende letzten Jahres hat die Kölner Stadtverwaltung 8 Flüchtlinge, sogenannte „Un-erlaubt Eingereiste“, abgewiesen. Sie bekamen keinen Unterbringungsplatz, obwohl die Stadt zur Unterbringung verpflichtet ist. Ihnen wurde stattdessen nahegelegt, bei Verwandten oder Bekannten Unterschlupf zu suchen. „Kein Mensch ist Illegal“ wurde auf den Vorgang aufmerksam und unterrichtete Linken-Ratsmitglied Jörg Detjen, der daraufhin intervenierte. Die städtischen Wohnversorgungsbe-

triebe stellten den acht Personen Unterbringungsplätze zur Verfügung. Als uns im August erneut Hinweise auf Abweisungen vorlagen, stellte unsere Ratsfraktion die folgende Anfrage, die ergab, dass die Stadt Köln 113 Personen einen Unterbringungsplatz zur Verfügung stellen musste, nachdem sie beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht hatten. Zu einem Gerichtsentscheid ließ es die Stadt gar nicht erst kommen, die Rechtslage ist eindeutig. Im Dunkel bleibt, wie viele von den 1859 Personen, die bei der Stadt vorsprachen, schlussendlich keinen Unterbringungsplatz erhielten. Das Vorgehen der Stadt muss schnellstens anders geregelt werden!

www.linksfraktion-koeln.de

Unausgeregorene Ideen! Grüne verunsichern Hunderte von Arbeitnehmern:

FRANKFURT A.M. Den Vorschlag der Grünen im Ortsbeirat 6, gefährliche Chemie-Anlagen vom Industriepark Griesheim in den Industriepark Höchst zu verlagern, kommentiert Dominike Pauli, Vorsitzende der Fraktion Die Linke. im Römer und Ortsbeirätin im Frankfurter Westen: „Ich finde es unverantwortlich, dass die Grünen mit ihrem völlig unausgeregorenen Vorschlag zur so genannten Weiterentwicklung des Industrieparks Griesheim Hunderte von Arbeitnehmern an diesem Standort verunsichern.“ Pauli: „Nach zehn Jahren schwarz-grüner Stadtregerungen fällt den Grünen jetzt auf, dass sie sich seit Jahren nicht um die Entwicklung von Industrieansiedlungen gekümmert haben. Offensichtlich wurden sie durch den Flop ihrer Bildungsdezernentin aufgeschreckt, die dem Frankfurter Westen ein Gymnasium in Nied bauen wollte, dabei allerdings die Seveso-III-Richtlinie nicht beachtet hat.“ Die Grünen sprechen in ihrem Antrag davon, dass sich wesentliche Dinge geändert hätten. „Allerdings ist gar nicht klar, ob die Verlagerung gefährlicher Chemieanlagen von Griesheim nach Höchst überhaupt die gewünschten positiven Effekte für die Wohnbauentwicklung der westlichen Stadtteile nach sich zieht. Die Grünen scheinen sich ja noch nicht einmal abschließend darüber informiert zu haben, wie die Abstandsregelungen für den Industriepark Höchst und den Industriepark Griesheim im Detail aussehen“, meint Pauli. Was sich definitiv nicht geändert habe, ist der offensichtlich leichtfertige Umgang der Grünen mit Arbeitsplätzen. Die Linke auf ein kommunales Investitionsprogramm, das Arbeitsplätze schafft und stärkt.

www.dielinke-im-roemer.de

Endverbraucher müssen von gesunkenen Gaspreisen profitieren: ESSEN. Die gesunkenen Beschaffungspreise für Gas sollen möglichst von den Stadtwer-

ken Essen an die Endverbraucher weitergegeben werden, fordert die Ratsfraktion Die Linke. Zwar wird mit den Gewinnen der Stadtwerke, über die stark defizitäre Essener Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft (EVV), der ÖPNV quersubventioniert. Aber das sollte nicht zu Lasten der Verbraucher gehen. „Der Aufsichtsrat sollte prüfen lassen, inwieweit die gesunkenen Gaspreise an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden können“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Schließlich sind die meisten Kundinnen und Kunden den Stadtwerken trotz erheblicher Preiserhöhungen in den letzten Jahren treu geblieben. Das sollte belohnt werden. Außerdem drohen bei den Strompreisen schon wieder die nächsten Preiserhöhungen.“ Nach Ansicht der Ratsfraktion Die Linke tragen Gaspreissenkungen zudem zur Haushaltsverbesserungen bei. Denn die Kosten der Unterkunft für Hartz IV- und Sozialgeldberechtigte, die die Stadt zahlen muss, sinken so.

www.linksfraktion-essen.de

„Mädge gießt Öl ins Feuer der Fremdenfeinde“: Lüneburg. Pressesprecher der Lüneburger Linken, David Amri, zur Forderungen von Ulrich Mädge nach Transitzone für Flüchtlinge und schnelleren Abschiebungen: „Herr Mädge sollte sich mehr Gedanken machen, welche Klientel er mit solchen Äußerungen bedient. Schon im Kitastreik war er sich nicht zu fein, die Populismuskeule auszupacken und Flüchtlinge zu instrumentalisieren. Mit solchen Äußerungen gießt er Öl ins Feuer der Fremdenfeinde“, kritisiert David Amri. „Dass die Kommunen finanziell ausgeblutet sind, ist nicht die Schuld der Flüchtlinge, sondern der jahrelangen Umverteilungspolitik von unten nach oben. Herr Mädge sollte sich innerhalb der SPD für eine stärkere Besteuerung von Vermögen einsetzen. Damit wäre den Kommunen mehr geholfen als mit Parolen vom rechten Rand“, so der Pressesprecher der Linkspartei. „Ich hoffe, dass aus SPD-Kreisen bald Widerspruch gegen diese Forderungen laut wird. Ich möchte Herrn Mädge daran erinnern, dass es ein Grundrecht auf Rechtssicherheit gibt. Asylbewerber haben das Recht, juristischen Beistand aufzusuchen und gegen negative Asylbescheide gerichtlich vorzugehen. Was die CSU, und seit neustem auch Herr Mädge, fordert, sind hingegen rechtsfreie Transitzone. Ich frage mich, wo da der Realitätssinn geblieben ist; geschweige denn der Sinn für menschliche Grundrechte. Dass sich in einer Stadt mit einer intakten Willkommenskultur wie Lüneburg der Oberbürgermeister politische Anreize beim CSU-Oberpatriarchen Horst Seehofer holt, ist mehr als bitter“, so Amri weiter.

www.dielinke-lueneburg.de
(Zusammenstellung: ulj)

Mannheim: Zweite bundesweite Konferenz „Gemeinsam gegen BR-Mobbing“

Aufklärung, Vernetzung, Strategien und gemeinsames Handeln – Kompetente Referenten, starkes bundesweites Signal

Am Samstag, den 17. Oktober 2015, fand in Mannheim die zweite bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bosing, Mobbing Co.“ statt. Neben dem Erfahrungsaustausch von und mit betroffenen Betriebsratsmitgliedern standen analytische Beiträge im Mittelpunkt.

In einem Grußwort unterstrich der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Mannheim, Klaus Stein, die Notwendigkeit eines aktiven gewerkschaftlichen Vorgehens gegen BR-Mobbing. Albrecht Kieser von work watch Köln überbrachte eine Botschaft von Günter Wallraff, der sich nicht nur mit dem Anliegen der Konferenz solidarisierte, sondern den von Unternehmerangriffen betroffenen Betriebsräten seine Unterstützung zusicherte. Am Beispiel Hyundai – „Gewerkschaftsbekämpfung und BR-Mobbing – ein Weltkonzern sieht rot“ – wurde die systematische Bekämpfung von gewerkschaftlich organisierten Interessenvertretungen aufgezeigt. Dabei standen vor allem die skandalösen Vorgänge bei

Hyundai in Rüsselsheim im Mittelpunkt, aber es konnten auch die noch skrupelloseren Vorgehensweisen des Konzerns zum Beispiel in Tschechien, den USA, Indien und Südkorea beleuchtet werden.

Rechtsanwalt Klaus-Dieter Freund warf einen kritischen Blick auf die Rolle der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit. Er stellte eine „Amerikanisierung“ der Verhältnisse im hiesigen Arbeitsrecht fest, die zu einer „asymmetrischen Auseinandersetzung“ führe und die Rechtsposition von gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten massiv beschädige.

In einem Podiumsgespräch berichteten Kollegen am Beispiel der Konflikte bei Enercon in Magdeburg, H&M in Trier und nora systems in Weinheim vom erfolgreichen Widerstand gegen BR-Mobbing. Nur durch aktive gewerkschaftliche Solidarität, konsequentes Verteidigen der eigenen Rechte und eine öffentliche Skandalisierung der Vorgänge hätte die Kündigung von Betriebsräten bekämpft werden können.

Die rund 100 TeilnehmerInnen der Konferenz verabschiedeten folgende Entschliebung: Gewerkschaftsbekämpfung und Mobbing gegen Betriebsräte – keine Einzelfälle, sondern ein flächendeckender Skandal!

Seit einiger Zeit sind wachsende Angriffe auf engagierte Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder zu verzeichnen. Ziel ist zuerst die Lähmung und dann die Ausschaltung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. In der Regel werden nur Einzelfälle in den Medien bekannt. Die große Dimension dieses weitgehend ignorierten Skandals, das System der aggressiven Einschüchterung, des offenen Rechtsbruchs und der brutalen Existenzvernichtung, das hinter diesen „Einzelfällen“ steckt, wird nur selten beleuchtet. Zum einen handelt es sich bei diesen Attacken um das juristische Vorgehen gegen gewerkschaftlich und betrieblich Aktive bis hin zur Verdachtskündigung, die in offenem Widerspruch zur sonst geltenden Unschuldsvermutung steht. Zum anderen geht es hierbei um die massiven psychische Beschädigung der Betroffenen – bis hin zur Vernichtung ihrer Existenz. Geschäftsleitungen bedienen sich bei diesem Treiben nicht selten ihnen nahestehender „Betriebsratsmitglieder“. Vor allem aber nehmen sie die hochbezahlten Dienste spezialisierter „Rechtsanwaltskanzleien“ (z. B. Naujoks oder Schreiner & Partner) sowie von „Beratern“ in Anspruch, deren Geschäft die Bekämpfung aktiver KollegInnen ist.

Von diesen Vorgehensweisen sind jedes Jahr nach konservativen Schätzungen

wenigstens Hunderte von gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern direkt betroffen. Belegschaften werden durch die Kaltstellung ihrer demokratisch gewählten Interessenvertretungen eingeschüchtert und schutzlos gemacht. Nicht zuletzt sind auch die Familien der betroffenen Betriebsräte einem enormen Druck ausgesetzt, an dem sie oft zerbrechen. Es ist bezeichnend, dass derartige Machenschaften offenbar in einem straffreien Raum stattfinden können. Arbeitsgerichte und Staatsanwaltschaften weigern sich im Allgemeinen, solche schweren Verstöße gegen das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz wahrzunehmen oder gar ihnen Einhalt zu gebieten. Auch seitens des Gesetzgebers ist kein Eingreifen gegen diese immer weiter verbreitete Be- und Verhinderung von Betriebs- oder Personalratstätigkeit zu erkennen. Es fehlt ein konsequenter bundesweiter Widerstand gegen derartige Formen des Klassenkampfs von oben. Das ist nicht zuletzt Aufgabe der Einzelgewerkschaften und ihres Dachverbands DGB, deren betriebliche Basis zunehmend bedroht wird.

Wir rufen deshalb im Sinne des Mannheimer Appells vom 11. Oktober 2014 dazu auf, die Grund- und Menschenrechte von Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsräten entschlossen zu verteidigen!

Die TeilnehmerInnen der 2. Konferenz „Betriebsräte im Visier“, Mannheim, den 17. Oktober 2015.“

„Sicher – gerecht – selbstbestimmt“. Über das Leitbild der IG Metall für Wirtschaft und Sozialstaat

Das von dem neu gewählten Vorsitzenden Jörg Hofmann auf dem Gewerkschaftstag am 21. Oktober vorgetragene „Zukunftsreferat“* unterstreicht den gewachsenen Anspruch und Gestaltungswillen der IG Metall. Die Jahre zuvor waren noch geprägt von dem Bemühen, den Ruf einer Funktionärsgewerkschaft loszuwerden und Mitmachgewerkschaft zu werden. Die Zahlen belegen die Erfolge. Die Gewerkschaft gewinnt hinzu, wenngleich die aktuelle Altersverteilung Schwierigkeiten aufweist für die weitere Entwicklung. Umso mehr das Bemühen,

*www.igmetall.de/Zukunftsreferat_GWT_Hofmann_b106d66c67d418ed42c821b8de1bd603b5378a94.pdf

Flüchtlingskrise und Integration auf dem Arbeitsmarkt – „Wir sagen: Dem Rassismus keinen Platz in diesem Land!

Null Toleranz für Faschisten und Rassisten in den Betrieben und in der Gesellschaft!

Und verbietet endlich die Organisationsstrukturen der Hintermänner der Brandanschläge und Menschenjagden gegen Flüchtlinge! Ein Verbot der NPD ist überfällig!“

„Deutschland sollte sich nur dann Einwanderungsland nennen, wenn es bereit ist, die Menschen und den Wert ihrer Arbeit anzuerkennen.

Wir akzeptieren keine Beschäftigungsverhältnisse zweiter Klasse, denn sie machen aus den Beschäftigten Menschen zweiter Klasse.“

Wirtschaftspolitik – „Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit, Gesundheit, Umwelt und Klima dem wettbewerblichen Unterbietungskampf entzieht. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die Innovation fördert und die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert.

Dazu bedarf es einer gesellschaftlichen Regulierung. Regulation und Wettbewerb sind in dieser Perspektive keine Gegensätze. Wettbewerb wird auf die Felder verwiesen, wo er nicht zerstörerisch wirkt.“

TTIP-Verhandlungen mit den USA – „Das zementiert, dass deutsche Standorte mit Lohndumping konfrontiert sind. Etwa durch staatlich sanktioniertes Union-Busting in den Südstaaten der USA. Ein Land, das bis heute die ILO-Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert hat, ist kein fairer Handelspartner.“

Digitalisierung in der Industrie (Industrie 4.0) – „Die Hochschule ist längst nicht mehr Reproduktionsanstalt des Bildungsbürgertums – sie soll aber auch kein Arbeitgeber-Protectorat werden.

Die Hochschule ist gesellschaftlicher Ausbildungsort.“

attraktiver zu werden auch für Beschäftigte, die bislang als „gewerkschaftsfern“ galten.

Das neu vorgestellte Leitbild für Wirtschaft und Sozialstaat bietet jedenfalls eine Reihe von Anhaltspunkten, die bemerkenswert klar formuliert wurden. Wir wollen einige Aussagen aus der Rede von Jörg Hofmann vorstellen. Die Überschriften sind von uns eingefügt und sollen der Orientierung dienen. Die Zitate sind gekennzeichnet. Die vollständige Rede von Jörg Hofmann ist auf der Internetseite der IG Metall zu finden. *Bruno Rocker*

„Ich kann den Spruch vom lebenslangen Lernen nicht mehr hören – das ist und bleibt eine hohle Phrase, solange der Anspruch nicht mit Arbeitsorganisation und Personalentwicklung verknüpft ist. Nur dann ist fachliche und berufliche Entwicklung tatsächlich möglich.

Berufliche Entwicklung als grundlegendes Arbeitnehmerrecht – von dem Ziel sind wir noch weit entfernt.“

Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung durch die IG Metall – „Sicherheit und Gerechtigkeit. Das sind grundsätzliche, unverrückbare gewerkschaftliche Werte, die wir im Jahr 2015 zu erneuern haben.

Ein drittes Thema wurde uns aufgetragen: Der Wunsch nach mehr Selbstbestimmung. Selber Hand anlegen zu können, mitreden zu können, sich einbringen zu können, ernst genommen zu werden und vor allem, Herr oder Herrin des eigenen Lebens zu bleiben – auch des eigenen Arbeitslebens. Das ist für viele Beschäftigte heute ein selbstverständlicher Anspruch.“

Neues Normalarbeitsverhältnis – „Ich sage: Die Strahlkraft des Normalarbeitsverhältnisses, das sich durch sichere Arbeit, geschützt durch Gesetz und Tarifverträge, festes und ausreichendes Einkommen auszeichnet, ist heute noch so stark wie gestern.

Damit der Glanz nicht verloren geht, muss dieses Normalarbeitsverhältnis allerdings neu definiert werden.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis muss Sicherheit für alle bereithalten, gerade auch, wenn es Brüche und Umorientierungen im Lebenslauf gibt.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis kann nur zur Norm und zum gelebten Alltag werden, wenn es für alle zugänglich ist.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes wie jedoch in eine andere Richtung: Ausweitung des oft tariflosen Niedriglohnssektors, Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen, Praktika, Mini-Jobs: Die Grausamkeiten der Flexibilisie-

rung haben eine offensichtliche Folge: Sie machen unser Sozialsystem kaputt. Denn Erwerbsarbeit ist die Basis unserer Sozialsysteme. Und dies soll auch so bleiben.

Beispiel Alterssicherung: Der Anspruch auf eine armutssichere Rente ist richtig, natürlich ist er das!

Aber er ist nur realisierbar mit einem dauerhaft anständigen Einkommen. Das geht nicht mit Minijobs. Und – das ist nun kein Geheimnis – auch nicht mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro! Unsere Antwort kann auch nicht die Kollektivierung der Armut durch ein bedingungsloses Grundeinkommen sein. Unsere Antwort ist die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses.“

Tarifflicht – „Und wir werden nicht den Arbeitgebern überlassen, ob und mit wem sie Tarifverträge abschließen. Tarifflicht vor der IG Metall geht nicht. Wer meint, er könne outsourcen, um uns zu entgehen, dem soll es gehen, wie bei Hase und Igel.

Die IG Metall ist schon da, wenn es um Arbeitnehmerrechte in unseren Wertschöpfungsketten geht. Bei der industriellen Kontraktlogistik, bei industriellen Services, bei Entwicklungsdienstleistern.“

Rentenpolitik – „Die Nettorente für den sogenannten Standardrentner wird ohne Kurswechsel in der Rentenpolitik die 40-Prozent-Marke unterschreiten. 45 Jahre gezahlt und dann gerade an Hartz IV vorbeigeschrammt – das ist unerträglich, Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen die Rentenpolitik auf neue Füße stellen, um Altersarmut zu verhindern.

Schuld an diesem Desaster ist der Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik: Heute wird nicht mehr das Niveau gesichert, sondern der Beitragssatz. Das ist Unsinn – sozial und auch ökonomisch. Das Dogma des Beitragssatzes verhindert derzeit jegliche ernsthafte Diskussion für ein stimmiges Gesamtpaket in der Rentenpolitik.“

Arbeitszeitpolitik – „Der schnelle Ruf nach mehr Flexibilität führt in eine Sackgasse. Denn: Flexibilität ist immer funktional, nie ein Ziel, ein Wert an sich!

Kolleginnen und Kollegen, diese Debatte will ich führen. Nicht abstrakt sondern konkret entlang unserer normativen Werte: sicher, gerecht, selbstbestimmt.

Gerecht ist, dass geleistete Arbeit erfasst und vergütet wird. Bis heute verfallen aber jährlich Millionen von Arbeitsstunden. Weil sie nicht erfasst oder weil sie gekappt und gestrichen werden.“

Selbstbestimmtheit – „Selbstbestimmung ist nicht nur ein Angestelltenthe-

ma. Auch Schichtarbeiter wünschen sich mehr Zeitsouveränität im Alltag. Dass das geht, zeigen gute betriebliche Beispiele. Etwa über eine selbstbestimmte Schichtenteilung der Arbeitsgruppe mit Hilfe einer Smartphone-App. Wir stehen dabei noch am Anfang, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Selbstbestimmt bezieht sich auch immer öfter auf den Arbeitsort: Viele Beschäftigte haben den Wunsch, von zu Hause zu arbeiten. Nicht ständig, aber ein, zwei Tage in der Woche. Auch dafür brauchen wir Regeln. Sicher ist: Ohne Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag geht es nicht. Die Diskussion, was der Gesetzgeber dazu beitragen kann, ist eröffnet.

Wir tun auf jeden Fall gut daran, dieses Feld nicht den Arbeitgebern zu überlassen. Und deshalb sollten wir eigene Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitszeitgesetzes vorlegen: Wie wäre es mit einem Recht auf selbstbestimmte Lage der Arbeitszeit im Rahmen der täglichen Höchstarbeitszeit? Wie wäre es mit einer Pflicht zur Erfassung aller geleisteten Arbeit – unabhängig von Ort und Tätigkeit? Und wie wäre es mit einem Recht auf Abschalten?“

Europa – Das Griechenland-Dilemma ist ein Dilemma der gesamten Europäischen Union. So wie die Flüchtlingspolitik ein Dilemma der gesamten Europäischen Union ist. In beiden Fällen hat Deutschland jahre-

lang zugeschaut – wohlwissend, dass sich die Probleme dadurch nicht in Luft auflösen. In beiden Fällen wird Deutschland als wohlhabendes EU-Land unausweichlich zahlen – so regeln es die grundlegenden Verträge der Union. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein ‚Draufzahlen‘, wie es oft populistisch heißt. Dabei handelt es sich um den vertraglich vereinbarten Mechanismus. Und wer ehrlich ist und rechnen kann, weiß: für Deutschland heißt dies allenfalls eine Teilrückzahlung der Wohlstandsgewinne, die uns Europa schon brachte. Es geht also eher darum „die Zeche zu zahlen“ und sich nicht als Zechpreller von dannen zu schleichen.

EGB-Kongress fordert „Ende der Austeritätspolitik“

Vom 29. September bis 2. Oktober hat der europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in Paris seinen 13. Kongress durchgeführt. Der EGB vertritt Gewerkschaften mit 60 Millionen Mitgliedern – ein Zeichen, dass die Schwächung der Gewerkschaften in Europa doch nicht so weit gediehen ist, wie die Mitte-Rechts-Mehrheit im EU-Parlament wünschen würde.

In seinem „Manifest von Paris“ hat der EGB sich gegen die herrschende Politik der EU-Kommission und in vielen EU-Ländern positioniert. „Die im EU-Fiskalpakt beschlossenen Wirtschaftspolitiken ... ersticken die Nachfrage und das Wachstum, schaffen das Risiko einer Deflation und untergraben die industrielle Basis“, heißt es da. „Diese Politik hat Divergenzen zwischen Bürgern und Ländern vergrößert. Wachsende Ungleichheit treibt die Menschen auseinander, entfremden sie von demokratischen Kernwerten, dem europäi-

schen Projekt und fördern die Unterstützung für gefährliche extremistische Ideologien.“ Der EGB fordert „ein Ende der Austeritätspolitik“. „Soziale Grundrechte müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben“, heißt es an anderer Stelle. Damit kritisiert der EGB gewerkschaftsfeindliche Urteile des EUGH, die in den letzten Jahren für Unruhe gesorgt hatten. Der EGB fordert „ein Ende von Sozialdumping und Deregulierung“, stattdessen „eine von der Lohnentwicklung stimulierte Politik der wirtschaftlichen Wiederbelebung, mit besonderem Augenmerk auf die Niedriglohnempfänger.“ Das unterstützt die Kritik etwa der griechischen Regierung und der linken Parteien in Portugal und Spanien gegen Lohnsenkungs-Diktate der Troika. Abgelehnt wird prekäre Arbeit, „von der vor allem Frauen, Wanderarbeiter und ... junge Menschen betroffen sind“. „Arbeitnehmer in Europa brauchen

mehr Lohn“, gesetzliche Mindestlöhne sollen „die Armutsgefährdung von Arbeitnehmern bekämpfen“. Abgelehnt werden „Entbürokratisierungs“-initiativen der EU-Kommission, „die eine Bedrohung für Arbeitnehmerschutz und Arbeitnehmerrechte darstellen“. In der Asylpolitik will der EGB stärkere „Solidarität und Zusammenarbeit ... zur Aufnahme von Asylanten, damit Todesfälle an See- und Landgrenzen verhindert und Menschenhandel und unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen bekämpft werden.“ Der „repressive Ansatz“ der EU müsse durch Integration von Flüchtlingen ersetzt werden.

Alles in allem ein Contra zur herrschenden EU-Politik und ein Ansatz für einen Politikwechsel auf europäischer Ebene. Bleibt zu hoffen, dass die Gewerkschaften damit in ihren Ländern durchdringen.

Rüdiger Lötzer



„Sauberkeit braucht ihre Zeit!“

Rund 500 Gebäudereinigerinnen und -reiniger haben am 13. Oktober in der Essener Innenstadt unter dem Motto „Sauberkeit braucht ihre Zeit!“ für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. Die IG BAU kritisiert, dass im zeitlichen Umfeld von Tarifierhöhungen die Beschäftigten mehr Flächen aufgebürdet bekommen oder weniger Zeit für die gleichen Quadratmeter haben. Unter dem Motto „Schluss mit Turbo Putzen“ strebt die Gewerkschaft deshalb erstmals einen Tarifvertrag gegen Leistungsverdichtung an. Außerdem fordert die IG BAU in der untersten Lohngruppe 80 Cent pro Stunde mehr, in den übrigen Lohngruppen 6,4 Prozent und zudem einen deutlichen Schritt in Richtung Ost-West-Angleichung.

Thosten Jannoff

Gesamtmetall: Gewerkschaftsauftritte passen zum Gründungstag der DDR. Mi., 7.10.15.

**Wirtschafts-
presse**

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall kritisiert in einer Pressemitteilung die Aktionen der Gewerkschaften zum selbst ausgerufenen „Welttag für menschenwürdige Arbeit“. „In kaum einem anderen Land der Erde sind die Arbeitnehmer so zufrieden, so sicher und so gut bezahlt wie in Deutschland“, sagte Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer O. Zander, „aber die IG Metall stellt in ihrer Propaganda allen Ernstes die Arbeitswirklichkeit in Deutschland auf eine Stufe mit Kinderarbeit in Entwicklungsländern. Das ist ein verstörendes Weltbild“. Der Versuch, Werkverträge zu skandalisieren, diene dem Verdrängungswettbewerb der Gewerkschaften. „Denn die IG Metall muss inzwischen selbst zugeben, dass die Zahl der Stammbeschäftigten steigt ... so Zander weiter. „In Wirklichkeit geht es der IG Metall nur darum, beim Kampf um Mitglieder Verdi zu verdrängen“. Werkverträge seien seit mehr als 100 Jahren als Ausdruck von Spezialisierung und Arbeitsteilung gesetzlich geregelt. „Wer daran rüttelt, will das System volkseigener Betriebe (VEB) wieder einführen. Es scheint also kein Zufall, dass der Aufruf der Gewerkschaften auf den Gründungstag der DDR fällt.“

Gebäudereiniger weisen den Vorwurf des „Turboputzens“ zurück. Bundesinnung des Gebäudereinigerhandwerks, Mi., 14.10.15. „Der von der Gewerkschaft verlangte Aufschlag ist für uns völlig indiskutabel. Ein Plus von 9,4 Prozent ist nicht finanzierbar und führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen“, so Geschäftsführer Bungart. „... Um den Weg zu einem Kompromiss frei zu machen, sind wir zu weiteren Zugeständnissen bereit.“ ... Die Arbeitgeber wiesen den Wunsch der IG BAU strikt zurück, in den Verhandlungen über einen Tarifvertrag gegen angebliche „Leistungsverdichtung“ in der Branche zu reden. „Die Darstellung der Gewerkschaft, die Arbeitgeber zwingen die Beschäftigten zum Turbo-Putzen, ist eine Mär ... Wir halten am tariflichen Mindestlohn fest, sind für eine wirtschaftlich verkraftbare Lohnerhöhung und für einen zügigen Tarifabschluss“, sagte Bungart weiter.

BDA – Neue Herausforderungen: „Unternehmen werden zunehmend im Bereich der industriellen Beziehungen mit zwei Herausforderungen konfrontiert: International Framework Agreements und Global Campaignings. Beide hängen oftmals auch miteinander zusammen. Bei beiden Entwicklungen sind Gewerkschaften die treibende Kraft. Die Gewerkschaften haben auf die Globalisierung mit einer engen Vernetzung auf internationaler Ebene reagiert ... Multinationale Unternehmen müssen sich stärker auf diese Gewerkschaftsstrategien einstellen ...“

Zusammenstellung: rst



Undatiertes Foto – wohl aus den fünfziger Jahren – mit der Pharmakologin und Nobelpreisträgerin Tu Youyou und Professor Lou Zhen im Labor. (Xinhua).

Nobelpreis an Tu Youyou — erfolgreich gegen Malaria

In diesem Jahr geht der Nobelpreis für „Physiologie oder Medizin“ zu einem Hälfte an die beiden Forscher William C. Campbell – zur Zeit an der Drew-Universität im US-Staat New York – und Satoshi Omura von der Kitasato-Universität in Tokio und zur anderen Hälfte an die chinesische Forscherin Tu Youyou von der Akademie für Traditionelle Chinesische Medizin (TCM) in Peking. Drei Außenseiter, deren erkenntnisreiche Arbeit in den letzten Jahrzehnten Millionen von Menschen das Leben gerettet haben dürfte. Sie werden geehrt für ihren bahnbrechenden Kampf in der „Erfindung“ von Medikamenten gegen die großen Menschheitsplagen Malaria und Filariosen. An dieser Ehrung ist einiges neuartig und erstaunlich erfreulich.

Im Krieg dringend gesucht

Stockholm. Beijing. Normalerweise sollen nach dem Testament von Alfred Nobel diejenigen den Preis erhalten – in diesem Fall insgesamt 850 000 Euro –, „die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen gebracht haben.“ Nun haben aber alle drei Geehrten die Forschung an ihren Medikamenten nachweislich schon vor vielen Jahrzehnten begonnen und ihr Ergebnis auch längst der Wissenschaft vorgestellt. Ihre Mittel werden seither in aller Welt erfolgreich genutzt. Warum hat man sich erst jetzt „ehrenhalber“ auf sie besonnen?

Die chinesische Nobelpreisträgerin

Tu Youyou – inzwischen 84 Jahre alt – hielt bereits 1971 ein Extrakt namens Artemisinin in den Händen, das die noch bekanntere Weltkrankheit der Malaria eindämmen konnte. Eine offizielle Anerkennung erhielt sie nicht – jedenfalls nicht in den amerikanischen und europäischen Ländern. Und dabei suchte man sowohl auf der westlichen als auch östlichen Halbkugel intensiv nach einem solchen Mittel. Die amerikanische Politik brauchte für ihre kriegesischen Ambitionen im Fernen Osten dringend etwas, das die hohe Todesrate durch Malaria unter den Soldaten eindämmte. Ihre Zahl war höher als die der Toten durch Kampfhandlungen. Eine Zusammenarbeit in der Forschung mit dem kommunistischen China war für die Verantwortlichen aber undenkbar.

Anti-Malaria-Mittel aus traditioneller Medizin

Auch für den nordvietnamesischen Präsidenten Ho Chi Minh zu Zeiten des Vietnamkrieges spielte die Überlegung, die Malaria-Kriegsopfer zu minimieren, eine große Rolle. Deshalb wandte er sich an seinen Verbündeten Mao Zedong und es entstand das „Projekt 523“, unverzüglich „ein schnell wirksames Medikament ohne Resistenzen und Nebenwirkungen gegen Malaria“ zu finden. 1969 begann die Forscherin Youyou an der TCM-Akademie in Beijing mit der Untersuchung. Sie stützte sich auf die vorhandenen 640 Rezepten

aus der Jahrtausende alten Naturmedizin Chinas und wurde fündig: Das Kraut Qinghao (der einjährige Beifuß) hatte im Jahr 168 v.Z. an den Ufern des Jangtsekiang (viel Regen und nasse Sümpfe, also malarieverseucht) durch eine „Auspress-“ Methode erfolgreich gegen „abwechselnde Kälte- und Hitze-Empfindungen“ geholfen. Tu Youyou extrahierte den in der Pflanze enthaltenen Stoff Artemisinin, konnte damit sofort 3000 Menschen das Leben retten und veröffentlichte dies in einem Artikel im „Chinese Medical Journal“. Der britische Professor Nicolas gab diese Erkenntnis an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiter, der es aber nicht seriös genug erschien. Was kann aus dem kommunistischen China schon Gutes kommen? Und dann auch noch im Rahmen einer im Westen wissenschaftlich nicht geachteten traditionellen Naturheilkunde? Selbst noch 2015 wurde diese Frage – Schul- oder Alternativ-Medizin – während der Pressekonferenz nach der Verkündung der chinesischen Nobelpreisträgerin in Stockholm das entscheidende Thema in der journalistischen Debatte. In einem Interview konterte jetzt im Oktober Tu Youyou mit der stolzen Aussage: „Es ist eine kollektive Ehre für die chinesischen Wissenschaftler und zeigt, dass die Wissenschaft der traditionellen chinesischen Medizin in der internationalen Wissenschaft eine hohe Beachtung erlangt hat.“

Artemisinin im Beifuß rettet Millionen

Die amerikanischen Forscher machten sich selbst auf die Suche nach einem dauerhaft wirkungsvollen Mittel gegen die Malaria. So wurde das „Walter Red Institute“ der US-Army in Washington 1980 von der WHO zu einer eigenen Testreihe beauftragt und mit entsprechenden finanziellen Mitteln versehen. Aber auch nach 10, bzw. 20 Jahren erwiesen sich ihre Forschungsergebnisse – Chloroquin, Chinin und später Fansidar – immer noch als ungenügend, sprich „resistent“. Es machte den amerikanischen hoch bezahlten „Roll-back-Malaria“-Traum zunichte und verhinderte die Rettung von Millionen von Menschen.

Der einjährige Beifuß hingegen erwies sich als dauerhaft wirkungsvoll und war außerdem auch einfach und billig in den Ebenen des Jangtsekiang herzustellen. So trat das Mittel in Südostasien seinen Siegeszug an: Zunächst in den Zeiten der Kriege und Bürgerkriege in Vietnam, Kambodscha und Thailand und danach in „ziviler Hinsicht“ vor allem in den Regionen von Südostasien und in Afrika. So gibt es seit Jahrzehnten ein eigenes Tropeninstitut an der Mahidol-Universität in Bangkok. Artemisinin ist bei der Bekämpfung der Malaria weltweit die Nummer Eins geworden und rettet

heute nach Schätzungen mindestens 100 000 Menschen jährlich das Leben. Besonders erfreulich ist dabei, dass der einjährige Beifuß zunehmend – unabhängig von der Finanzierung über große Konzerne – auf eigenen Plantagen in China und neuerdings auch in Afrika angepflanzt werden kann.

Noch lange hat der Widerstand der westlichen Welt gegen dieses erfolgreiche chinesische Mittel angehalten. Als die WHO 2001 eine Therapie mit einem Kombipräparat beginnen wollte, das Artemisinin einbeziehen sollte, verweigerte der „Global Fund“, eine dafür zuständige Organisation internationaler Geldspender, auf Druck der USA die Finanzierung. Der Pflanzenwirkstoff sei zu teuer. Gemeint ist damit wohl vor allem, dass es nur, wenn auch relativ günstig, über den Anbau von Pflanzen und nicht im Labor synthetisch hergestellt werden kann. Schließlich klagten 13 international angesehene Malariaforscher den „Global Fund“ und die WHO des „schweren Amtsvergehens“ an. Nun endlich erklärte die WHO das chinesische Mittel Artemisinin zur gültigen Richtlinie und ließ es auf die Liste lebenswichtiger Medizin für die

müht sich seit 1999, „durch effektive Partnerschaften erschwingliche Antimalaria zu entdecken und zu liefern“ mit dem Ziel der Weiterentwicklung von Artemisinin-Präparaten. Sie arbeitet intensiv mit dem Tropenmedizin-Institut der Mahidol-Universität in Bangkok zusammen, wo Kranke kostenlos behandelt und Tests für die Fortentwicklung des Medikamentes gemacht werden. Das gemeinsame Ziel bleibt die Entwicklung eines für Arme erschwinglichen Mittels, an erster Stelle in Afrika. Nach der Ehrung der Forscherin und der Anerkennung ihres Anti-Malaria-Mittels wird die Nutzung und Verbreitung jetzt sicher weltweit wachsen. Inzwischen finanzieren die Pharmaunternehmen GlaxoSmithKline und die Bill & Melinda Gates Foundation die Forschung an Artemisinin mit gigantischen Mitteln. Ihr Ziel ist es vor allem, bald einen bisher nicht möglichen Impfstoff zu entwickeln. Aber so erfolgreich das auch werden mag, vor allem wird die Art der politischen Nutzung gegenüber den Armen dieser Welt darüber entscheiden, wie viel Menschen mit dieser Erfindung zukünftig gerettet werden können!



Barfußdoktor Xu Wenxu mit dem „Einjähriger Beifuß/Qinghao“ unter Millionen von Setzlingen am Jangtsekiang.

Ärmsten dieser Welt als zu vertreibendes „nicht gewinnorientiertes und verlustfreies Produktionsmodell“ setzen.

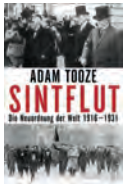
Nach dieser Anerkennung begann sofort eine Jagd internationaler Pharmakonzerne nach dem Naturheilstoff. Der chinesischen Pharmakonzern Holley behielt klugerweise seine inländische Produktion und den Vertrieb in eigenen Händen. Es handelt sich um ein Projekt, das in Zusammenarbeit mit den ansässigen Bauern stattfindet, wobei neben der Nutzung der Blüten, in denen der Anti-Malaria-Stoff steckt, auch die Verwendung des Pflanzenrestes – Blätter und Stroh – vorgesehen ist. Nach dem Stand von 2006 war das Medikament bereits in 79 Ländern der Erde zugelassen.

Medizin – Politik – Resistenzen

Die Non-Profit-Organisation „Medicines for Malaria Venture“ (MMV) be-

Wird das Artemisinin anders als seine „Konkurrenten“ für immer ohne Resistenzen bleiben? Erste Resistenzen sind bereits im Senegal und Französisch-Guyana aufgetreten und dort hat das Medikament seine Wirkung gegen bestimmte Malaria-Parasiten inzwischen verloren. Die Non-Profit-Organisation, aber auch die Pharmakonzerne Welcome Trust und Novartis arbeiten mit Hochdruck daran, dem durch neue Beimischungen zu begegnen. Nicholas White, Veteran an der Malaria-Front, sagt dazu: „Auch das wirksamste Mittel kann nicht verhindern, dass der Parasit eine Resistenz entwickelt. Wir können die Evolution nicht schlagen, wir können nur versuchen, ihr um eine Nasenlänge voraus zu sein.“ Für den nächsten Nobelpreis für „Physiologie und Medizin“!

Edda Lechner, Norderstedt



Geschichte anders – oder warum Perspektivwechsel anregend sind

Rezensiert: Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931*. Siedler Verlag 2015, 720 Seiten, 34,99 Euro.

Eins gleich vorneweg: Die Beschreibung des Ersten Weltkriegs und der dreizehn Jahre danach, die in diesem Geschichtsbuch des britischen Historikers Adam Tooze geboten wird, findet sich sicher in keinem Geschichtsbuch eines deutschen Historikers. Sie findet sich schon gar nicht in deutschen Schulbüchern.

Beide pflegen die Welt und ihre geschichtliche Entwicklung in der Regel aus einer etwas bis ziemlich deutsch-bornierten Perspektive zu beschreiben. Das ist manchmal hilfreich, etwa wenn es um die Zerstörung nationaler Mythen geht, bei denen sich schon in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Hamburger Historiker Fritz Fischer mit seiner Beschreibung des deutschen „Griffs nach der Weltmacht“ im Ersten Weltkrieg bleibend ausgezeichnet hat. Das kann aber auch lästig werden, wenn man versucht, ein bisschen über den eigenen Tellerrand zu schauen.

Adam Tooze beschreibt diese Zeit und die auf den Ersten Weltkrieg folgenden 13 Jahre jedenfalls aus einer definitiv anderen Perspektive. Man könnte sagen „aus Sicht der britischen Admiralität, des britischen Außenministeriums“. Aber der liberale britische Historiker hat auch einen erfreulich globalen, im guten Sinne kosmopolitischen Blick auf die Dinge in der Welt. Das ist ein bisschen „typisch britisch“, wenn man zum Beispiel bedenkt, dass die größte britische Bank heute „HSBC“ heißt. HSBC steht für: „Hongkong-Shanghai Banking Corporation“. Man stelle sich vor, die Deutsche Bank hieße – ja wie eigentlich – „Togo-Bagdad-Bank“ zum Beispiel? Offensichtlich eine Blasphemie! Ein Firmenname, unvereinbar mit dem deutschen Selbstbild.

Aber es sind nicht nur diese „deutsch-nationalen“ Blickverengungen, vor denen man beim Studium dieses Buches verschont bleibt.

Auch „linke“ Mythen und Irrtümer kommen nicht gut weg, werden auf eine Weise kritisiert und zerpflückt, die man nicht immer teilen muss, die aber anregt zum eigenen Nachforschen. Beispiel Lenin und seine Imperialismustheorie. Lenin analysierte den Ersten Weltkrieg bekanntlich als Endstadium eines sterbenden, faulenden Kapitalismus. Das mit dem Sterben dauert inzwischen ziemlich lange, ok, insofern ist Lenin sicher außerhalb des engen Anhängerkreises von MLPD, DKP oder „junge welt“ heute nicht mehr aktuell.

Tooze beschreibt aber noch mehr, nämlich den Aufstieg der USA zur globalen Weltmacht in dieser Zeit. Er beschönigt diesen Aufstieg nicht. Die blutige Verfol-

gung von Streiks und Gewerkschaften in den USA – speziell der allgemeinen Gewerkschaften, dem CIO-Flügel – in dieser Zeit etwa findet sich in dem Buch ebenso wie der brutale Umgang der britischen Kolonialmacht mit Streiks in den Goldgruben in Südafrika und mit der beginnenden Unabhängigkeitsbewegung in Indien unter Gandhi. Und er schildert die (sicher unfreiwillige, aber nichtsdestotrotz enge tatsächliche) Verbindung zwischen den Bolschewiki und dem deutschen Generalstab gegen Ende des Ersten Weltkriegs. Dass die Bolschewiki dabei den Aufstieg der USA zur führenden Weltmacht überhaupt nicht im Blick hatten, in den Jahren nach Versailles mit ihren Komintern-Revolutionsstrategien in ganz Europa furchtbar scheiterten, mit Wilson, dem Völkerbund usw. nichts anfangen konnten, am Ende aber sowohl die US-Nahrungsmittelhilfe wie die Segnungen des „Taylorismus“ begierig aufgriffen, allein schon diese Abschnitte machen das Buch lesenswert und zu einer im Ergebnis niederschmetternden Kritik an linken „Imperialismustheorien“. So ganz stimmten diese wohl von Anfang an nicht, ist der Eindruck, den man bis zum Ende dieses Buches nicht mehr los wird.

Tooze schildert auch detailliert die heftigen Konflikte der britischen und der französischen Regierung während des Ersten Weltkriegs mit den USA und deren Präsident Wilson, der einen „Frieden ohne Sieger“ anstrebte und damit aus britischer und französischer Sicht mehrfach kurz davor stand, die Allianz mit Großbritannien und Frankreich gegen das deutsche Kaiserreich direkt zu torpedieren. Tooze – man könnte sagen „politökonomischer“ – Sachverstand über die Zusammenhänge von Kredit- und Finanzmärkten mit Kriegsstrategien und Machtpolitik ist in diesem Zusammenhang wirklich beeindruckend.

Wer sich heutzutage – zu Recht! – empört über den Umgang der EU-Gläubiger mit Schuldnerländern wie Griechenland, Spanien und Portugal, dem hilft die Schilderung der erbitterten jahrelangen Konflikte zwischen der US-Regierung und ihren Verbündeten über den Umgang mit deren Kriegsschulden in den USA vielleicht moralisch nicht weiter. Aber die Schilderungen in diesem Buch über diese Konflikte – bei denen sich die USA immer wieder standhaft weigerten, auch nur einen Penny Forderungen an ihre Kriegverbündeten zu streichen – machen deutlich, dass Gläubiger nur in ganz seltenen Situationen wirklich milde mit Schuldnern

umgehen – im Grunde nur dann, wenn es sich für sie aus anderen Gründen am Ende „lohnt“.

Das Buch von Tooze macht insgesamt deutlich, dass die USA schon im Ersten Weltkrieg die global entscheidende Macht waren. Direkt, indem sie unverzichtbar waren für die Finanzierung der britischen und französischen und damit auch der russisch-zaristischen Kriegsführung. Indirekt, indem Wilsons Forderung nach einem „Frieden ohne Annexionen“ demokratische Bewegungen und Revolutionen in Deutschland, in Russland gegen den Zarismus, im osmanischen Reich, in China und Japan und vermutlich noch in einer Reihe weiterer Länder während dieser Zeit ermutigten und inspirierten.

Spannend und lesenswert ist – auch mit Blick auf aktuelle Themen – auch die detaillierte Schilderung der britische Fernost-Strategie, in Indien, aber auch gegenüber China und Japan in dieser Zeit. Welche globalen Überlegungen über die britische Rolle in der Welt die konservative Regierung Cameron in London heute mit dem Austritt aus der EU spielen und zugleich die Allianz mit China ausbauen lassen, wird nach dem Studium dieses Buches jedenfalls ein bisschen verständlicher. Verständlicher wird auch die – schon damals beginnende, aber heute viel stärker erkennbare – Schwerpunktverlagerung der US-Politik vom Atlantik hin zum pazifischen Raum. Über die inneren Entwicklungen sowohl in Japan wie auch in China in diesen Jahren finden sich bei Tooze mehr Details und Interpretationen als in jedem deutschen Geschichts- oder Schulbuch. Und wer heute in den Tagesnachrichten von britischen und französischen Bombenangriffen in Syrien liest, angeblich zum Schutz der Menschenrechte und zum Kampf gegen den IS, dem seien die Kapitel zur britischen und französischen Nahostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg als Anregung empfohlen. Auch die deutsche Flüchtlingspolitik heutzutage ist – das jedenfalls ging dem Rezensenten beim Lesen dieser Abschnitte durch den Kopf – ist vermutlich zu einem erheblichen Teil nicht nur humanitär motiviert, sondern auch machtpolitisch.

„Wer verstehen will, wie die USA nach dem Ersten Weltkrieg zur Weltmacht aufstiegen und warum sie so katastrophal scheiterten, den hart erkämpften Frieden zu wahren, für den hat Adam Tooze das maßgebliche Buch geschrieben“, hat ein Rezensent in der „New York Times“ geschrieben. Da ist etwas dran.

Auch für Linke ist das Buch ein Gewinn. Es regt zum Nachdenken und weiteren kritischen Nachforschen an über geschichtliche Entwicklungen in dieser Welt, die man vielleicht bisher aus dieser – eher kosmopolitischen – Perspektive bisher nicht so analysiert und beurteilt hatte.

Rüdiger Lötzer

Inhalt

Köln kuschelt nicht vor Nazis!	2
Rechtsextreme Mordattacke auf Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Flüchtlingspolitik: Gute Ansätze für ein Konzept mit kleinen Standards	
Flucht und Zuflucht	4
Neuwahlen in der Türkei	5
Eine Koproduktion der Dokumaci-Zelle und der AKP? Aus der Erklärung der HDP zu dem Anschlag in Ankara, Oktober 2015	
Günstiges Umfeld für Kampf gegen Korruption	8
Auslandsnachrichten	9
Welttag für Arbeitnehmerrechte • Österreich: Betriebsräte der Metallindustrie senden starkes Signal • Schweiz: Ausweitung der Ladenöffnungszeiten geplant • Frankreich: Hotelstreikende gewinnen Arbeitskampf • Großbritannien: Erfolg bei National Gallery • Portugal: Recht auf dezentrale Tarifverhandlungen • Südafrika: Tarifabschluss in Kohlesektor erreicht • Aserbaidschan: Mobilmachung für IAO-Übereinkommen • Indien: Frauenstreiks auf Teeplantagen ausgeweitet • Indien: Pepsi verletzt Rechte von Lagerarbeitern • Bangladesch: Ölkonzerne wollen keine Gewerkschaften • Philippinen: Erfolg für Housekeeping-Kräfte	
Aktionen ... Initiativen	12
Anstatt Willkommen: Asylbeschleunigung, Abschiebung und selektive Integration • Kein Nato-Kriegsrat in Essen! • Wieder Razzien und Verhaftung gegen die kurdische Bewegung • Kinder ohne Aids-Medikamente und Tests für Alle! • 2030-Agenda: Nach den Gipfelhöhen kommen die Mühen der Ebene • 2. Schattenbericht „10 Jahre Hartz IV“ liegt vor • Aufruf: Keine neue Hürde bei Volksbegehren!	
Mannheim: Die BuGa und der Wohnungsbau	14
Erfolgreicher Einstieg in den Beteiligungshaushalt	14
Großdemo gegen TTIP und CETA – 250 000 Menschen zeigen Konzernen und Politik die rote Karte!	16
Rückblick: Mensch und Umwelt vor Profit	16
Kommunale Politik	17
„Scholz führt Hamburg in eine humanitäre Katastrophe!“ Hamburg. • Wohnungsamt weist hunderte Flüchtlinge ab: Köln. • Unausgegorene Ideen! Grüne verunsichern Hunderte von Arbeitnehmern: Frankfurt a.M. • Endverbraucher müssen von gesunkenen Gaspreisen profitieren: Essen. • „Mädge gießt Öl ins Feuer der Fremdenfeinde“: Lüneburg.	
„Gemeinsam gegen BR-Mobbing“	18
„Sicher – gerecht – selbstbestimmt“. Über das Leitbild der IG Metall	19
EGB-Kongress fordert „Ende der Austeritätspolitik“	20
Wirtschaftspresse	21
Nobelpreis an Tu Youyou — erfolgreich gegen Malaria	21
Geschichte anders – oder warum Perspektivwechsel anregend sind	23

Studie der Rosa Luxemburg Stiftung zur Wahl in Portugal, Positionen des „Linken Blocks“

Die Parlamentswahl in Portugal am 4. Oktober bestätigte zwar die führende Position der bisher regierenden Mitte-Rechts-Koalition „Portugal vorn“ (PaF) mit dem Premierminister Passos Coelho. Aber die absolute Mehrheit wurde mit 38,5% der Stimmen verfehlt. Diese Regierung hatte das von den internationalen Gläubigern im Zuge der Finanzkrise verhängte Programm zur Sanierung der Staatsfinanzen ohne großen Widerstand umgesetzt. Das linke Lager kam auf 50,2 Prozent, nämlich die Sozialisten (PS) auf 32,3 % (schlechter als erwartet), überraschende 10,2 Prozent für den Linksblock, der sich an Syriza und den spanischen Linksalternativen orientiert, und 8,2 Prozent für das Bündnis von Kommunisten und Grünen (CDU), ebenfalls schwächer als erwartet.

Zunächst sah es danach aus, als käme es zu einer Koalition der Konservativen mit den Sozialisten, zumal diese vor der Wahl angekündigt hatten den Sparkurs der bisherigen Regierung fortsetzen zu wollen. Inzwischen hat aber der Vorsitzende der Sozialisten Costa erklärt, er wolle eine Koalition mit den beiden Linksparteien. Der Staatspräsident, der den Kandidaten für das Amt des Regierungschefs benennt, weigert sich aber, eine solche Koalition zu ermöglichen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat unmittelbar nach der Wahl eine Analyse veröffentlicht, wir drucken die Passage zur Kurzbeschreibung des Linksblocks ab:

Bloco de Esquerda – Die neue dritte Kraft

1. Der Bloco de Esquerda ist allen Abspaltungen zum Trotz (Juntos Podemos, Agir, MAS, Tempo de Avançar, Livre) aus seinem Tal heraus und wird zur dritten Kraft im portugiesischen Parlament gewählt.
2. Die Partei erzielt mit 10,2 Prozent ihr bestes Ergebnis in ihrer 16jährigen Parteigeschichte.
3. Dieses Ergebnis war trotz aller Umfragen kaum vorherzusehen, erst recht nicht zu Beginn des Jahres 2015, als die Partei bei knapp drei Prozent gehandelt wurde.
4. Der Bloco kann damit auch sein desaströses Ergebnis vor vier Jahren (2011: 5,1%) verdoppeln und erreicht

ein Ergebnis, dass mit dem von vor acht Jahren vergleichbar ist (2009: 9,8%). Die Partei steigert ihre absoluten Wählerstimmen von 288.923 auf über 545.000.

5. Damit wird der Bloco zum zweiten Mal (nach 2009) stärker als die traditionell starke und stabile Kommunistische Partei PCP im Bündnis mit den Grünen PEV (CDU). Die Parteisprecher*innen des Bloco sprechen deshalb nicht zu Unrecht von einem „historischen“ Ergebnis.

6. Damit kann die Partei mit Recht als die einzige Wahlgewinnerin des Abends gekennzeichnet werden.

7. Von allen Parteien ist es dem Bloco de Esquerda am besten gelungen, den Unterschied zu den politischen Konkurrenten herauszustellen. („Faz a Diferença“)

8. Auch hat dem Bloco nicht, wie befürchtet, die Neuwahl in Griechenland und die Politik ihrer Schwesterpartei Syriza geschadet. Vor allem darauf zielten besonders die Konservativen in ihrer Anti-Links-Kampagne ab.

9. Das Ergebnis des Bloco ist zum einen auf den engagierten und zugespitzten Wahlkampf gegen die Austeritätsparteien PSD-CDS/PP-PS zurückzuführen („Eine Regierung die deutscher ist, als die deutsche“). Zum anderen aber ist das Ergebnis auch Ausdruck dessen, dass die Wähler*innen des Bloco eine Hinwendung zur PS eher skeptisch gegenüberstehen (so wie es Livre/TdA gefordert hatten).

10. Offen bleibt dennoch, ob es nicht trotzdem zu einer Koalitionsbildung zwischen PS und BE kommen könnte, unter Tolerierung der Kommunistischen Partei (PCP).

11. In den ersten Stellungnahmen der BE-Parteiführung wurde deutlich, dass wenn die aktuelle Koalitionsregierung ihre absolute Mehrheit verlor, sie auch die Regierungsgewalt verlieren müsse.

12. Das Wahlergebnis ist trotz aller Freude für die EL-Mitgliedspartei nicht ganz ungefährlich, könnten doch an der Frage nach dem Eintritt in eine Regierung mit der PS alte Konfliktlinien, die während des Wahlkampfes beiseitegeschoben wurden, aber zuvor den BE an den Rand des Abgrunds geführt haben, wieder deutlicher zutage treten.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 26. November 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 23. Oktober.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

23. Dez.